

Rundschreiben 2/2007



Frau Margit Haas (2. v. r.) und Herr Werner Mangold (links) wurde im Beisein von Umweltministerin Tanja Gönner (2. v. l.) im Rahmen der diesjährigen LNV-Mitgliederversammlung von Reiner Ehret (rechts) die LNV-Ehrennadel überreicht.

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.,
Olgastrasse 19, 70182 Stuttgart,
Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,

Schlussredaktion: Martin Zorzi

e-mail: info@lnv-bw.de, Internet: www.lnv-bw.de

LNV-Rundschreiben Stand: 29.6.07

**Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist
der 3.9.07**

Umlauf des LNV-Rundschreibens

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

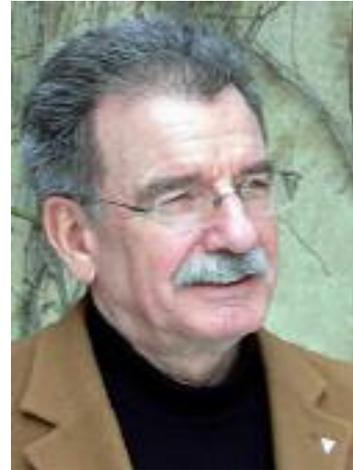
Inhalt

VORWORT	3
1 AUS DER ARBEIT DES LNV	8
1.1 LNV kritisiert Entwurf zum Landesplanungsgesetz	8
1.2 Ministerin Gönner stellt beim LNV Nachhaltigkeitsstrategie vor	8
1.3 LNV will im BSG Schwäbische Alb ungeprüft keine neuen Wege	9
1.4 LNV für „klare“ Lösung bezüglich der Herkunft von Streuobstsaft	8
1.5 Neue Ausgabe „Taschenbuch des Naturschutzes“ ist fertig!	9
1.6 IDUR-Seminar zum Baurecht	9
1.7 Infos zur LNV-Stiftung jetzt auf unserer Homepage abrufbar	10
1.8 LNV-Stand beim Baden-Württemberg-Tag in Eppingen	9
1.9 LNV unterstützt Koordinationsstelle Aktionsbündnis. Gentechnikfreie Landwirtschaft	10
1.10 LNV-Selbstverpflichtung für Produkte des Ökologischen Landbaus	10
2 LANDESTHEMEN	11
2.1 Nächste Managementpläne für Natura 2000-Gebiete	11
2.2 Petitionsausschuss erlaubt Neckarbrücke bei Zwingenberg	12
2.3 Nachhaltigkeitsbeirat (NBBW) befürwortet Laufzeitverlängerung	12
2.4 Harsche Ministerkritik am Flächenverbrauch	12
2.5 EU-Kommission verklagt Deutschland	13
2.6 Verwaltungsreform steht auf dem Prüfstand	14
2.7 Ausbau der Neckarschleusen	15
2.8 Deponieerde aus Italien: Hohenlohekreis muss sich Protesten beugen	15
2.9 Übermäßige Kürzung von Regionalisierungsmitteln	15
2.10 Keine neuen finanziellen Zugeständnisse für Stuttgart 21!	16
2.11 Länder-Verkehrsminister beraten über Zulassung von Riesen-LKW	16
2.12 Biosphärengebiet Schwäbische Alb kommt in die Gänge	16
2.13 Landesregierung entfernt sich vom Integrierten Rheinprogramm	17
2.14 Revitalisierung Taubergießen abgeschlossen	18
2.15 Schlechte Bilanz der Baden-Württembergischen Klimapolitik	18
2.16 Verbände protestieren gegen die Klimaschutzbilanz des Landes	19
2.17 Erfolgreicher Ulmer Energieeffizienztisch sucht Nachahmer!	19
2.18 ECOfit spart Kosten und entlastet Umwelt	19
2.19 Geier-Einflug nach Süddeutschland	20
3 BUNDES-/EUROPATHEMEN	21
3.1 Deutschlands Artenvielfalt stirbt weiter	21
3.2 Scharfer Kritik am Kompromiss des G8-Gipfels:	21
3.3 „Ökologischer Rucksack“ von Biokraftstoffen	21
3.4 Insekten als Indikatoren des Klimawandels	22
3.5 Kritik an der „Kleinen Novelle“ des Bundesnaturschutzgesetzes	22
3.6 externe Kosten beim Verkehr und bei der Energieerzeugung	23
3.7 VW-Gewinne steigen auf Kosten der Umwelt	23
3.8 Fahrradfahren fördern - CO2 sparen	24
3.9 Großflächige Umweltzonen können Städte lebenswerter machen	24

3.10	NABU fordert neue ökologischen Kriterien für die Flächenstilllegung	24
3.11	Künstlichen Beschneidung treibt Treibhauseffekt weiter voran	25
3.12	Gentechnisch veränderter Mais darf freigesetzt werden	25
3.13	Genmais für billiges Ethanol	26
3.14	Entwurf zur Nationalen Biodiversitätsstrategie	26
4	GESETZE, VERORDNUNGEN, RECHTSSPRECHUNG	27
4.1	EU-Grundwasserrichtlinie in Kraft	27
4.2	neue Verwaltungsvorschriften des Landes über die Bestellung der Naturschutzbeauftragten und über den Naturschutzdienst	27
4.3	Rechtliche Bewertung von Abwägung in Bebauungsverfahren	27
4.4	Europäischer Gerichtshof rügt Umsetzung des Naturschutzrechts	28
4.5	Bundesverwaltungsgericht stoppt Straßenbau wegen FFH-Gebietes	29
5	LNV – INTERN	30
5.1	LNV-Termine	30
5.2	Informationen und Anfragen der Geschäftsstelle	30
5.3	Neues aus den Mitgliedsverbänden	Fehler! Textmarke nicht definiert.
5.4	Personalien, Vertretung in Gremien	31
5.5	LNV-Pressemitteilungen:	32
5.6	LNV-Infos. Tipps und Positionen	33
6	WETTBEWERBE, AKTIONEN	34
6.1	DUH-Umwelt-Medienpreis	34
6.2	Unterschriftensammlung gegen 2. Startbahn	34
6.3	Netzwerkaufbau „Fließgewässer im urbanen Raum“ gestartet	35
6.4	Ökologie und Naturschutz bei Wikipedia verbessern	35
6.5	"Grünes Licht für das kommunale KlimaschutzPlus-Programm.	36
6.6	Agenda-Aktion des Umweltministeriums	37
6.7	Bioenergiewettbewerb des Wirtschaftsministeriums	37
7	TERMINE UND VERANSTALTUNGEN	38
7.1	Akademie-Seminar zur Gemeindefinanzierung	38
7.2	SHB-Aktionstag „Heuet am Irrenberg“	38
8	SONSTIGES	38
8.1	Neues gesellschaftliches Bündnis für Klimaschutz	38
8.2	Umstrittene Kampagne "Rettet unsere Erde"	39
8.3	Der atomare Umweltclub von EDF und EnBW "au fil du rhin"	39
9	VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET	40

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Naturschützerinnen und Naturschützer,



hört man sich die politischen Nachrichten, Interviews und Reden der letzten Monate an, ist man fast versucht, mit zu jubeln: Hurra - es geht wieder aufwärts im Land – und insbesondere im Ländle! Steigende Steuereinnahmen, sinkende Arbeitslosenzahlen, wachsender Konsum – na prima! Wirklich alles prima? Mitnichten – denn es gibt auch Verlierer: Unsere Natur und Landschaft! Aus allen Ecken des Landes erreichen unsere Geschäftsstelle wöchentlich neue Berichte über geplante und vollzogene Eingriffe in die Natur, deren Ausmaß an längst vergangen geglaubte Zeiten erinnert. Frei nach dem Motto „Was gehen mich meine guten Vorsätze von gestern an?“ knickt das Umwelt-Rückgrat von Kommunen und Landkreisen reihenweise ein, sobald ein potenter Betrieb mit Arbeitsplätzen und Gewerbesteuerereinnahmen lockt.

Als hätte es die ganze ökologische Überzeugungsarbeit der letzten 10-15 Jahre nicht gegeben, wird wieder munter drauf los geplant und gebaut und dabei auch vor den kostbarsten Flächen nicht Halt gemacht. Stören Schutzgebiete oder Vorkommen geschützter Arten, wird unter dem Deckmantel des „öffentlichen Interesses“ ungeniert „erlaubt“, „befreit“ und „aufgehoben“. Selbst mit den Ausgleichsmaßnahmen nimmt man es – so die leidige Erfahrung unserer Mitarbeiter – alles andere als genau, oft existieren sie – wenn überhaupt - nach wenigen Jahren nur noch auf dem Papier! Eine wirksame, vor allem anhaltende Kontrolle ist hier nach wie vor nicht vorhanden.

Alle Politiker, die voller Stolz den in den letzten Jahren sinkenden Flächen- und Energie-Verbrauch oder die Stagnation im Verkehrsaufkommen als das Verdienst ihrer Politik reklamierten, werden mit den neuesten Daten in heftige Erklärungsnot geraten, waren doch die meisten Zahlen durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt. Der zunehmende Flächenverbrauch zeigt es: Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung brechen schwere Zeiten für die Umwelt, für die Natur an. Die Politik hat eben in den letzten Jahrzehnten nicht jene Instrumente geschaffen, die den Flächen- und Energieverbrauch sowie den Artenschwund wirkungsvoll hätten eindämmen können.

Es reicht eben nicht, an die nach Baugebieten gierenden Kommunen MELAP-Bonbons zu verteilen und im Übrigen auf deren Einsicht und ihren Willen zur Selbstbeschränkung zu hoffen. Und genauso reicht es nicht, Besitzer von Altbauten nur mit einem gut gemeinten Energiespar-Check von der Notwendigkeit von Dämmmaßnahmen zu überzeugen oder die Landwirtschaft nur mit freiwilligen Verträgen zum Schutz der Natura2000-Flächen zu bewegen. Leider ist es bittere Realität, dass ein Grossteil jener, von denen man nun nachhaltiges Handeln erwarten müsste, sich gegenüber Natur und Umwelt vor allem durch nachhaltige Ignoranz auszeichnet.

Und die sitzen nicht nur in den USA, Indien oder China – nein es gibt sie auch bei uns.

Auch all die gut gemeinten „Progrämmchen“ der Landesregierung im einstelligen Millionenbereich sind nur Peanuts angesichts dessen, was unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren stemmen muss, um den ökologischen Folgen von Klimawandel und Globalisierung angemessen begegnen zu können. Der wirtschaftliche Aufschwung muss auch zu einem kräftigen Aufschwung beim Natur- und Umweltschutz führen – wir Umweltverbände sind deshalb gefordert, von den Mandatsträgern auf allen Ebenen mehr Taten statt vieler Worte einzufordern.

Wir stellen die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes auf den Prüfstand. All jene, die seit Jahren von Nachhaltigkeit reden und dabei doch nur ihre „nachhaltigen Vorteile“ im Sinn haben, sollen Farbe bekennen müssen. Sie müssen die Frage beantworten, ob sie die Nachhaltigkeit im Sinne der Definition der Landesregierung Ernst nehmen wollen oder ob sie mit ihrer Mitwirkung bei den einzelnen Projekten nur neue Karten in ihre alten Pokerspiele um Einfluss und Rendite einbringen. Alle sollten wir uns jeden Tag aufs Neue ins Bewusstsein rufen, dass jegliches Handeln sich an der Belastbarkeit unserer Natur und unserer Erdatmosphäre und an der Endlichkeit der Ressourcen zu orientieren hat. Das müssen sich auch die Städte und Gemeinden zu Herzen nehmen, deren Rechte auf die kommunale Planungshoheit nicht zu permanentem Unrecht wider die Natur und wider die Umwelt werden darf.

Ich grüße Sie herzlich und wünsche Ihnen allen gute Sommerwochen und die unermüdliche Kraft, für die Vernunft und gegen die Ignoranz einzutreten.

Ihr



Reiner Ehret
Vorsitzender

1 Aus der Arbeit des LNV

1.1 LNV kritisiert Entwurf zum Landesplanungsgesetz

Das Landesplanungsgesetz ist die maßgebliche Grundlage für die Ausgestaltung des Landesentwicklungsplans und die Regionalpläne. Der dem LNV zur Stellungnahme vorgelegte Gesetzentwurf enthält jedoch keinerlei verbindliche Vorgaben zur Reduktion des Flächenverbrauchs. Es verpflichtet die Raumordnungsbehörden und die Regionalverbände noch nicht einmal, von den Gemeinden Leerstandserhebungen zu verlangen und in das Raumordnungskataster nach § 28 LPlanG einzugeben. Auch werden die Gemeinden nicht verpflichtet, bei Neuinanspruchnahme von Flächen zu begründen, warum solche Flächenreserven nicht vorrangig in Anspruch genommen werden.

Nachdem in der Regierungserklärung die Rückführung des Flächenverbrauchs auf „Netto-Null“ angekündigt wurde und im Umweltplan schon seit Jahren zumindest eine „deutliche Reduzierung“ vorgesehen ist, bleibt der LNV bei seiner Forderung, im Leitsatz des Landesplanungsgesetzes festzuschreiben, längerfristig zu einem Netto-Null-Flächenverbrauch zu kommen.

Die LNV-Stellungnahme kritisiert, dass das Wirtschaftsministerium keinen Willen erkennen lässt, seine dringend notwendigen Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg über das Instrument des Landesplanungsgesetzes einzubringen. Der LNV hat um ein Gespräch gebeten, ein Terminvorschlag wurde inzwischen unterbreitet.

1.2 Ministerin Gönner stellt beim LNV Nachhaltigkeitsstrategie vor

„Der Landesnaturschutzverband sei ein wichtiger Partner bei der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes.“ – so die Feststellung von Umweltministerin Tanja Gönner bei der diesjährigen Mitglieder-Jahresversammlung des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg in Ludwigsburg, bei der sie das neue Konzept der Landesregierung vorgestellt hat. Nachhaltigkeit soll laut Ministerin Gönner mit konkreten Projekten greifbar gemacht werden, zugleich aber auch übergreifende Entwicklungen intensiv untersuchen. Dafür habe man zunächst fünf Arbeitsschwerpunkte benannt, zu denen gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren konkrete Projekte festgelegt werden. Zu diesen Schwerpunkten zählen die Entwicklung von Städten und Regionen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die Energieversorgung und ihre Nutzung sowie der Erhalt von Lebensqualität. Erste Projektvorschläge wurden bereits eingebracht.

1.3 LNV für „klare“ Lösung bezüglich der Herkunft von Streuobstsaft



Der LNV hat gegenüber dem Landwirtschaftsministerium mit Entschiedenheit dagegen protestiert, dass eine neue Regelung zum Schutz der geografischen Herkunftsbezeichnung die Bezeichnung Streuobstsaft auch dann noch erlauben soll, wenn bis zu 49 % Saft aus Plantagenobst beigemischt ist. Die Obstsafthersteller wollten nur 10-12 % an Plantagenobstsaft zulassen. Unter Mitarbeit von Vorstandsmitglied Martin Engelhardt hat der LNV gemeinsam mit BUND und

NABU einen Widerspruch bei der EU eingeleitet.

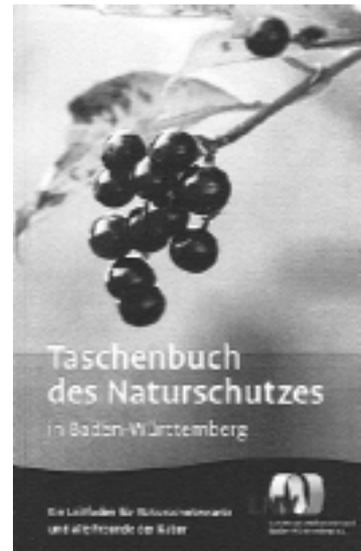
1.4 LNV will im BSG Schwäbische Alb ungeprüft keine neuen Wege

Gegenüber den zuständigen Behörden hat sich der LNV ablehnend gegen eine Öffnung weiterer Wegverbindungen ausgesprochen, bevor nicht deren Auswirkungen auf geschützte Natur untersucht worden sind. Das Landratsamt Reutlingen hatte zuvor sowohl im vergangenen als auch in diesem Jahr Wege im ehemaligen Truppenübungsplatz für die Öffentlichkeit geöffnet, ohne die anerkannten Verbände zuvor anzuhören, obwohl es sich um eine Wege-Verordnung unter dem Naturschutzgesetz handelt. Auch die notwendigen FFH- und artenschutzrechtlichen Verträglichkeitsprüfungen erfolgten nicht.

1.5 Neue Ausgabe „Taschenbuch des Naturschutzes“ ist fertig!

Von vielen wurde sie schon sehnsüchtig erwartet - nun ist die neue Ausgabe unseres Taschenbuches des Naturschutzes fertig gestellt! Fachkundig und engagiert haben die Autoren – allen voran Christine Lorenz-Gräser – dafür gesorgt, dass Naturschutzwarten und Naturfreunden wieder ein kompetenter kleiner Ratgeber vorliegt, welchen man sicher auch wegen der schönen farbigen Gestaltung gerne in die Hand nimmt. In großem Umfang musste die neue Gesetzes- und Rechtslage eingearbeitet werden, angereichert wurde dies mit vielen praktischen Hinweisen und Anleitungen, die einem das Vorgehen im Gelände erleichtern.

Das Taschenbuch ist zum Preis von 6.80 € über den Buchhandel erhältlich (ISBN 978-3-00-021553-7). Mitglieder der baden-württembergischen Naturschutzverbände können das Taschenbuch gegen eine Schutzgebühr von 4.50 € (zzgl. Versandkosten) direkt beim LNV anfordern. Die Naturschutzbeauftragten und amtlich bestellten Naturschutzwarte erhalten Exemplare über den Verteiler der Behörden.



1.6 IDUR-Seminar zum Baurecht

Am 23. Juni trafen sich in Karlsruhe über 20 ehrenamtliche Naturschützer, um sich durch die IDUR-Vorsitzende Ursula Philipp-Gerlach und den LNV-Rechtsreferenten Fritz Endemann über Naturschutzbelange im Bau- und Planungsrecht informieren zu lassen. Den Teilnehmern war schnell bewusst, dass es hier angesichts zahlreicher miteinander verwobener Gesetzeswerke selbst für den engagierten Laien schwierig ist, fehlerfreie Bewertungen einer Situation vorzunehmen. Beide Referenten sprachen den Teilnehmern trotzdem Mut zu, mehr auf die Rechtmäßigkeit in der Bauleitplanung zu achten und sich nicht zu scheuen, die Fach- und Rechtsaufsicht anzurufen. Sie sicherten hierzu willigen Naturschützern zu, sie in der bewährten guten Weise zu beraten.

1.7 LNV-Stand beim Baden-Württemberg-Tag in Eppingen

Viel Zuspruch erhielt der Informationsstand des LNV beim diesjährigen BW-Tag in Eppingen – zum ersten Mal kam hier das Equipment mit dem neuen Logo zum Einsatz. Die örtliche Organisation war dieses Mal deutlich besser als im vergangenen Jahr in Wertheim. Auch das neue Merkblatt zum Feinstaub hat guten Absatz gefunden.

1.8 LNV unterstützt Koordinationsstelle Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft

Die Koordinierungsstelle des Aktionsbündnisses Gentechnikfreie Landwirtschaft ist bei Bioland angesiedelt. Unter den ca. 20 Mitgliedern sind unter anderem der BUND, der NABU, die Kirchen, verschiedene Biolandverbände usw. Nachdem der LNV mangels personeller Kapazitäten bisher kaum eigene Aktivitäten zur Gentechnik in Angriff nehmen konnte. Der LNV-Vorstand hat deswegen beschlossen, die Koordinationsstelle auch für 2007 mit 500€ zu unterstützen.

1.9 Infos zur LNV-Stiftung jetzt auf unserer Homepage abrufbar



Unsere LNV-Homepage ist inzwischen vollständig: Zuletzt wurden noch weitere Informationen zu unserer LNV-Stiftung ins Netz gestellt. Unter <http://www.lnv-bw.de/stiftung.php> kann sich nun jedermann/frau über Zweck, Ziele, Projekte und Bewerbungsmodalitäten direkt informieren.

1.10 LNV-Selbstverpflichtung für Produkte des Ökologischen Landbaus

Der LNV hat sich gegenüber der DNR-Bildungsinitiative Ökologischer Landbau als Landesverband verpflichtet, zukünftig bei seinen Veranstaltungen vorwiegend Produkte aus ökologischem Landbau zu verwenden.

2 Landesthemen

2.1 Nächste Managementpläne für Natura 2000-Gebiete

Ende März erhielt der LNV Antwort auf seine Anfrage zu der Liste der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete, die 2007 und 2008 anstehen:

Nummer	Name	RB	LK	Fläche
	2007			
6623-341	Jagsttal Dörzbach-krautheim	S	Hoh, MTK	1.756
6824-341	Kochertal Schwäbisch Hall-Künzelsau	S	Hoh, SHA	2.173
6825-341	Jagst bei Kirchberg und Brettach	S	SHA	881
7125-341	Unteres Leintal und Welland	S	OAK	1.460
7325-341	Steinheimer Becken	S	GP, HDH,	2.917
7327-341	Giengener Alb und Eselsburger Tal	S	HDH	983
7016-342	Wiesen und Wälder bei Ettlingen	KA	KA	1.633
7118-341	Würm-Nagold-Pforte	KA	PF, CW, Enz	1.894
7215-341	Wälder und Wiesen um Baden-Baden	KA	BAD, RA	1.329
7515-342	Nördlicher Talschwarzwald bei Oppenau	FR	ORT	313
7614-341	Mittlerer Schwarzwald zw. Gengenbach u. Wolfach	FR	ORT	251
8214-341	Blasiwald und Unterkrommen	FR	Breisg.-HSW,	354
8416-341	Hochrhein östlich Waldshut	FR	WT	268
8221-341	Bodensee Hinterland bei Überlingen	TÜ	Boden-seekr.	316
8221-342	Bodenseehinterland zw. Salem u. Markdorf	TÜ	Boden-seekr.	404
8322-341	Bodenseeufer westl. Friedrichshafen	TÜ	Boden-seekr.	458
	2008			
6726-341	Nordöstliche Hohenloher Ebene	S	SHA	413
6924-341	Bühlertal Vellberg-Geislingen	S	SHA	801
6926-341	Crailsheimer Hart und Reusenberg	S	SHA, OAK	694
7025-341	Oberes Bühlertal	S	SHA, OAK	592
7127-341	Sechtatal und Hügelland von Baldern	S	OAK	430
7015-341	Rheinniederung zw. Wintersdorf u. Karlsruhe	KA	BAD, KA, RA	5.231
7016-341	Hardtwald zw. Karlsruhe u. Muggensturm	KA	KA, RA	2.070
7116-341	Albtal mit Seitentälern	KA	KA, RA, CW,	2.725
7116-342	Wälder und Wiesen bei Malsch	KA	KA	906
7515-341	Oberes Wolfachtal	KA	FDS, ORT	741
7413-341	Östliches Hanauer Land	FR	ORT	3.243
8220-341	Bodanrück u. westl. Bodensee	FR	KN	14.237
8311-341	Tüllinger Berg und Tongrube Rümplingen	FR	LÖ	345
8317-341	Wälder, Wiesen u. Feuchtgebiete bei Jestetten	FR	WT	371
8411-341	Wälder bei Wyhlen	FR	LÖ	628
7620-341	Salmendingen/ Sonnenbühl	TÜ	RT, ZAK	288
7720-341	Gebiete bei Burladingen	TÜ	ZAK	616
7824-341	Wälder bei Biberach	TÜ	BC	412
8026-341	Aitrach und Herrgottsried	TÜ	BC, RV	558
8226-341	Feuchtigkeits-gebiet nördlich Isny	TÜ	RV	605
8326-341	Adelegg	TÜ	RV	640

2.2 Petitionsausschuss erlaubt Neckarbrücke bei Zwingenberg

Trotz stichhaltiger Einwände des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) gegen den Bau einer Fahrradbrücke über den Neckar bei Zwingenberg hatte sich der Petitionsausschuss des Landtages für den Bau der Brücke entschieden. Weil die Brücke



für 48 Tonnen schwere LKW geplant werde und Versorgungsleitungen enthalten solle, befürchten Naturschützer, dass der Gemeinderat eine Ortserweiterung im Landschaftsschutzgebiet Hoffeld vorbereitet.

Die Position des NABU, der in dem Brückenbau eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sowie eine Verschwendung von Steuergeldern sieht, wurde nicht berücksichtigt. Die Einschätzung vom Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Jörg Döpfer, das

Bauwerk von 215 Metern Länge und zwei 40 Meter hohen Pylonen beeinträchtigt das Landschaftsbild nicht, findet der NABU befremdlich. "Es ist enttäuschend, dass mit öffentlichen Geldern Baumaßnahmen finanziert werden, die eines der schönsten Flusstäler Deutschlands verschandeln. Bleibt zu wünschen, dass die Brücke nach der Fertigstellung für andere Städte und Gemeinden zwischen Heidelberg und Binau ein eher abschreckendes Beispiel bietet".

2.3 Nachhaltigkeitsbeirat (NBBW) befürwortet Laufzeitverlängerung

Der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württemberg (NBBW) hat in einem Gutachten empfohlen, die Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen. Dabei soll eine Laufzeitverlängerung an die Bedingung geknüpft werden, dass die Versorger einen Teil ihrer dadurch erzielten Gewinne in die Förderung erneuerbarer Energie stecken. Das 2002 von der Landesregierung einberufene Beratungsgremium fordert unter anderem, von der Windenergie über Biomasse bis Photovoltaik alle regenerativen Energiequellen auszubauen, weil in Baden-Württemberg einzelne in großem Maßstab nicht angewendet werden könnten. Außerdem solle daran gearbeitet werden, die Kohleverbrennung sauberer zu machen. Ein Atomausstieg sei zwar sinnvoll, aber erst nach einer Laufzeitverlängerung zwischen zehn und 20 Jahren.

Die Grünen im Landtag bezeichneten das Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirats als enttäuschend. Eine wesentliche Schwäche des Gutachtens besteht aber vor allem darin, dass er mit zahlreichen Vorschlägen und Empfehlungen für Maßnahmen an die Landesregierung heran tritt, für die die Landesregierung entweder nicht zuständig ist oder die höchst kompetent und wesentlich aktueller von anderen, internationalen Gutachtern und Gremien längst erarbeitet sind wie etwa vom Weltklimarat (IPCC) oder dem „Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen“ der Bundesregierung (WBGU). Darüber hinaus arbeite der Beirat mit veralteten Zahlen, so etwa bei der Zielvorgabe für Strom aus regenerativen Energiequellen. Statt 20 Prozent wie die Landesregierung will selbst die Bundes-CDU und die Bundesregierung neuerdings 30 Prozent bis 2020 erreichen.

2.4 Harsche Ministerkritik am Flächenverbrauch

Bei der Vorstellung der neuesten Entwicklungsprognosen zum Flächenverbrauch in Baden-Württemberg in Stuttgart hat Umweltministerin Tanja Gönner die Entwicklung als „besorgniserregend“ bezeichnet.

Wesentlichen Einfluss auf den gestiegenen Flächenverbrauch habe die angezogene wirtschaftliche Belebung im Land und der fortgesetzte Bevölkerungszuwachs. Außerdem sei der Wohnraumbedarf pro Kopf in Baden-Württemberg von cirka 15 Quadratmetern Wohnfläche in den 50er Jahren auf über 41 Quadratmeter im vergangenen Jahr gestiegen. Statt mit einem qualitativ gewandelten Angebot reagieren die Kommunen häufig mit der Ausweisung neuer Areale. Das sei – so Gönner - aber eine sehr kurzfristige und mittelfristig nicht erfolgreiche Siedlungspolitik.

Voraussichtlich schon ab 2012 werde sich auch in Baden-Württemberg die Bevölkerung rückläufig entwickeln, warnte Gönner. Bei der Neuausweisung von Wohngebieten und Gewerbegebieten am Rand oder außerhalb des Siedlungskerns sei daher besondere Vorsicht geboten. "Baugebiete auf der grünen Wiese werden sich nicht mehr füllen und drohen zum Teil sogar zu veröden." Nicht ausgelastete Neubaugebiete bedeuteten so nicht nur ein Verlust naturnahen Lebensraumes, sondern führten zu immensen Kosten in den kommunalen Haushalten, wenn die Nachfrage sinke und Erschließungskosten nicht gedeckt werden könnten. "Innen- vor Außenentwicklung muss der Leitsatz kommunaler Planung sein." Stadtentwicklung auf der grünen Wiese müsse dagegen zum Auslaufmodell werden



Als Arbeitshilfe für die Kommunen wurde gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt ein Modell neu entwickelt, das eine qualitative Bewertung kommunaler Siedlungspolitik ermöglicht. In dieses fließen insgesamt vier unterschiedliche Indikatoren ein, die ab sofort für jede Gemeinde nach vorliegenden statistischen Daten eingesetzt und ausgewertet werden können.

Die Landesregierung strebe mittel- bis langfristig eine 'Netto-Null' beim Flächenverbrauch an. Das 2004 gegründete 'Aktionsbündnis Flächen gewinnen in Baden-Württemberg' biete dafür eine geeignete Plattform und wird daher als ein konkretes Projekt in die im März dieses Jahres angelaufene Nachhaltigkeitsstrategie des Landes eingebracht. Ergänzende Daten zum Flächenverbrauch

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Flächenverbrauch in Hektar pro Tag	12,0	11,8	10,6	10,3	8,8	8,8	9,4

2.5 EU-Kommission verklagt Deutschland

Die EU-Kommission hat vor kurzem entschieden, Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verklagen, weil die Bundesrepublik EU-Vogelschutzgebiete nur unzureichend ausweist. Die EU-Kommission kritisiert dabei auch die unzureichende Ausweisung in Baden-Württemberg. Das Verfahren gegen Deutschland mit der Nummer 2001/5117 geht auf eine Beschwerde des NABU zurück, der detailliert nachgewiesen hat, dass mehr als die Hälfte der Bundesländer ihren Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen sind. Laut Klageschrift der EU-Kommission haben neben Baden-Württemberg vor allem Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ihre Pflichten immer noch nicht erfüllt. Bereits im Jahr 1979 hatten sich die Mitgliedstaaten der EG mit der EG-Vogelschutzrichtlinie verpflichtet, bis 1981 die für bedrohte Vogelarten wichtigsten Schutzgebiete auszuweisen. Vor diesem Hintergrund ist es laut NABU eine Schande, dass auch

nach 26 Jahren die Hausaufgaben noch immer nicht erledigt sind. Durch weitgehende Untätigkeit sind in Baden-Württemberg mit Blauracke, Brachpieper, Rohrdommel, Sumpfohreule und zuletzt dem Haselhuhn fünf Vogelarten verschwunden. Wer meint, durch die Blockadepolitik Rücksicht auf Landwirtschaft, Straßenbau oder Industrie zu nehmen, habe weder die Richtlinie noch die Urteile des EuGH verstanden. Denn – so der NABU – erst die Ausweisung der Schutzgebiete und ihre Integration in das Schutzgebietsnetz "Natura 2000" schaffen Planungs- und Rechtssicherheit für Landnutzer, Kommunen und Industrie.



2.6 Verwaltungsreform steht auf dem Prüfstand

Während die Landesregierung für die Überprüfung aller anderen Bereiche eine externe Evaluation in den letzten Wochen mehrfach strikt abgelehnt hat, geht sie nun in der Forstwirtschaft einen Sonderweg. Das Landwirtschaftsministerium bestätigte jetzt, dass zwei externe Gutachten vergeben wurden. Unter anderem soll die "Österreichische Bundesforste AG" untersuchen, ob aus der Bewirtschaftung des Staatsforstes künftig mehr Geld herausgeholt werden kann. Nach Ansicht der GRÜNEN bescheinigt der Landwirtschaftsminister damit den Kommunen und Kreisen indirekt unzureichendes Wirtschaften und gibt der Verwaltungsreform beim Forst schlechte Noten. Ausdrücklich bekräftigt das Ministerium seine Absicht, die Fragen "ergebnisoffen" zu prüfen und die Betriebs- und Rechtsform ggf. neu zu entscheiden.

Die NaturFreunde befürchten, dass der Wald bei einer Privatisierung des Forstbetriebs seine Vielfalt verliert, die multifunktionale Idee sowie die soziale und gesellschaftliche Verpflichtung aufgegeben werden und er so zum Holzacker verkommt. In Konsequenz kann das bis zum Betretungsverbot führen.

Bei einer Anhörung der GRÜNEN zur Verwaltungsreform, zu der auch LNV-Vorsitzender Reiner Ehret als Referent eingeladen war, haben renommierte Verwaltungswissenschaftler massive Kritik geübt. Laut dem Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung, Dr. Christian Hey, würden „Kompetenz-Netzwerke zerrissen“. Immer höhere Anforderungen an Quantität und Qualität der Naturschutzverwaltungen stünden einem überproportionalen Personalabbau im Naturschutz gegenüber. Die „Entscheidungen über die baden-württembergische Verwaltungsreform fielen außerhalb der Fachkreise in kleinen Zirkeln, Ziel sei gewesen, Macht zu verschieben und Kosten des Landes zu sparen, nicht aber die Effektivität zu erhöhen. Das war keine funktionale Reform, die Defizite aufgreift“, so der Verwaltungswissenschaftler Falk Ebinger von der Ruhr-Universität Bochum. „Spielräume für Effizienzsteigerungen gibt der Naturschutz de facto nicht her, die Personaldecke ist traditionell dünn, sachgerechte Kürzungen sind eigentlich nicht möglich. Öko-Konto und Vertragsnaturschutz bedeuten erheblich mehr Personalbedarf.

Reiner Ehret wies auf ein ganz grundlegendes demokratisches Defizit hin: „Die wenigen, die offen Kritik geübt haben oder es noch tun, riskieren ihre Karriere oder sie gehen frühzeitig in Ruhestand. Ich rufe Ministerpräsident Oettinger zu, nicht nur schöne Sonntagsreden zu halten, sondern diese Angelegenheit zur Chefsache zu machen.“ Einen sozialen Aspekt griff Harald Ebner, Regionalgruppenvorsitzender des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz, auf: „Effizienzrendite ist ein zynischer Begriff, wenn es um Menschen geht.“ Darüber hinaus wies er darauf hin, dass 300 Mitarbeiter in den Naturschutzbehörden im Land rund 1000 Mitarbeitern in der Landwirtschaftsverwaltung und 1300 Bediensteten in der Flurneuordnung gegenüber stünden.

2.7 Ausbau der Neckarschleusen

Umweltministerin Tanja Gönner hat in einem Gespräch mit den Naturschutzverbänden ihre Unterstützung zugesagt, beim geplanten Ausbau der Neckarschleusen auf eine gleichzeitige Verbesserung der Gewässerökologie zu drängen.

Der geplante Ausbau der Neckarschleusen biete die Chance, wasserbauliche Missstände vergangener Jahrzehnte zu korrigieren. Der Neckar könne mit dem Schleusenausbau als Natur- und Lebensraum weiter aufgewertet werden. Renaturierung und die Berücksichtigung ökologischer Belange müssten deshalb laut Gönner wie bei anderen wasserbaulichen Maßnahmen angemessen eingeplant werden.

Der Ausbau der Neckarschleusen könne außerdem dazu beitragen, die Umwelt- und Verkehrsbelastung durch Fracht- und Lieferverkehr auf den Straßen des Landes zu verringern, zeigte sich Gönner überzeugt. "In der Ökobilanz schneidet der Schiffs-transport deutlich besser ab, als andere alternative Transportmittel".

2.8 Deponieerde aus Italien: Hohenlohekreis muss sich Protesten beugen

Aufgrund eines nicht-öffentlichen Beschlusses der Landkreisverwaltung und des Kreisrates sollten 90.000 t Erdmaterial von Norditalien nach Hohenlohe zur Rekultivierung der dortigen Mülldeponie herangeschafft werden. Der Landkreis hätte auf diese Weise eine Million Euro verdient. Als das Vorhaben in der Öffentlichkeit bekannt wurde, kam ans Tageslicht, dass die Erde aus der Nähe von Seveso stammt und womöglich mit Dioxin belastet ist. Flugs entstand eine schlagkräftige Bürgerinitiative, an der auch LNV-Mitarbeiter beteiligt waren. Nach massiver Öffentlichkeitsarbeit (der LNV hatte mit einem Protestschreiben an Ministerin Gönner seinen Teil dazu beigetragen) musste die Kreisverwaltung ihr Vorhaben aufgeben.

2.9 Übermäßige Kürzung von Regionalisierungsmitteln

Der Verkehrsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Hans-Martin Haller, wirft der Landesregierung vor, dass sie die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund viel zu hoch angesetzt hat und für einen Kahlschlag im baden-württembergischen Nahverkehr gesorgt hat.

In den Jahren von 2006 bis 2010 kürzte der Bund seine Regionalisierungsmittel für Baden-Württemberg um jährlich durchschnittlich 58 Mio. Euro, das Land aber streiche beim Nahverkehr durchschnittlich von 2006 bis 2010 fast 70 Mio. Euro jährlich. Baden-Württemberg kürzt so beim Nahverkehr rund 60 Mio. Euro, für die es keine Begründung gibt. Baden-Württemberg sei zudem eines der wenigen Bundesländer, die die tatsächlichen Kürzungen der Regionalisierungsmittel durch den Bund auch noch eins zu eins an die Pendler weitergebe. Haller forderte die Landesregierung auf, die zu Unrecht gestrichenen Zugkilometer so schnell wie möglich wieder bereitzustellen. Da eine sofortige Rücknahme der Zugstreichungen aus betriebstechnischen Gründen für den Sommerfahrplan wohl nicht mehr möglich sei, müsse das gesparte Geld vorübergehend an anderer Stelle zur Verbesserung von Nahverkehrsleistungen eingesetzt werden, verlangt Haller.



Nach Ansicht des VCD wäre es ein Leichtes, den aktuellen Fahrplan aufrecht zu erhalten. Stattdessen fließen die Steuermehreinnahmen in den Straßenbau und der Landeshaushalt wird auf Kosten der Pendler in den Zügen saniert. Die Zugstreichungen sind laut VCD Folge einer verfehlten Verkehrspolitik der Regierung Oettinger.

ger, die die Bedürfnisse der Berufstätigen, der Wirtschaft und des Tourismus in Baden-Württemberg ignoriere.

2.10 Keine neuen finanziellen Zugeständnisse für Stuttgart 21!

Laut BUND entwickelt sich finanziell gesehen Stuttgart 21 für das Land zu einem Fass ohne Boden. Das Ergebnis eines Spitzengesprächs zwischen Ministerpräsident Oettinger, Bundesverkehrsminister Tiefensee und Bahnchef Mehdorn gleiche schon einem Ritual: Bundesregierung und Bahn bekräftigen ihre einmal gemachten finanziellen Zusagen und deckeln ihre Mittel - und das Land muss immer wieder drauflegen. Bei der Kürzung der Regionalisierungsmittel beschwört das Land die Haushaltsdisziplin und weigert sich, 14 Millionen Euro auszugleichen; beim Ausbau der Rheintalbahn bleibt es bei politischen Appellen und dem Hinweis auf die Verantwortung der Bundesregierung - bei Stuttgart 21 dagegen wird verantwortungslos immer tiefer in die Kasse gegriffen. Der BUND fordert Landesregierung, Region und Stadt Stuttgart auf, keine weiteren finanziellen Zugeständnisse zu machen und die bisherigen Versprechungen nach einer verbindlichen Deckelung der Zuschüsse einzuhalten.

2.11 Länder-Verkehrsminister beraten über Zulassung von Riesen-LKW

Die Länderminister beraten über die Zulassung von Riesen-LKW auf Deutschlands Straßen. Der BUND fordert Innenminister Heribert Rech und Verkehrsstaatssekretär Rudolf Köberle auf, sich auf der Verkehrsminister-Konferenz eindeutig gegen die Zulassung von Riesen-LKW zu positionieren. „Der Einsatz dieser Fahrzeuge ist laut BUND ökologisch und ökonomisch unvernünftig und widerspricht allen Bemühungen um einen besseren Klimaschutz und mehr Nachhaltigkeit. Er fordert die Landesregierung auch auf, den auf ein Jahr befristeten Modellversuch in Baden-Württemberg im Daimler-Chrysler-Werkverkehr zwischen Untertürkheim und Sindelfingen nicht zu verlängern und keine weiteren Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.



„Der Einsatz von Riesen-LKW würde die Umwelt und das Klima noch stärker belasten als bisher, weil dadurch allein im kombinierten Güterverkehr bis zu 14 Millionen Tonnen Fracht von der Schiene auf die Straße verlagert werden. Das würde enorme Kosten für den Ausbau

der Straßeninfrastruktur verursachen. Allein für die dringendsten Maßnahmen an Brücken schätzt das Bundesverkehrsministerium den Mehrbedarf auf 4 bis 8 Milliarden Euro. Diese Kosten würden den Steuerzahlern zusätzlich zu den Umweltfolgekosten aufgebürdet.

2.12 Biosphärengebiet Schwäbische Alb kommt in die Gänge

Im Rahmen der Abschlussbesprechung der ersten Inspektionsreise des nationalen MAB-Komitees (Man and the Biosphere) der UNESCO bezeichnet Minister Hauk das Projekt "Biosphärengebiet Schwäbische Alb" als ein zentrales Projekt der Landesregierung, um die biologische Vielfalt im Land zu erhalten und die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in einer Modellregion sichtbar werden zu lassen. Mit einer Fläche von etwa 77.700 Hektar, einem Kernzonenanteil von 3,5 Prozent, einer Pflegezone von 36,7 Prozent und einer Entwicklungszone von 59,8 Prozent erreicht man mit der derzeitigen Abgrenzung die von der UNESCO geforderten Flä-

chen. Die UNESCO-Anerkennung biete eine Reihe von Vorteilen und soll für das Gebiet nach Möglichkeit bis zum Jahr 2008 erreicht werden. Gleichzeitig wird die Region im Rahmen der nationalen Naturlandschaften damit bundesweit beworben. Für die Etablierung des Biosphärengebietes sollen erhebliche finanzielle Mittel von der Landesstiftung und dem Land zur Verfügung gestellt werden. Neben den laufenden Kosten von rund 750.000 Euro jährlich werden rund fünf Millionen Euro Projekt- und Investitionskosten bereit gestellt.

In den nächsten Wochen erfolgt die Beratung im Ministerrat zur Gebietsabgrenzung und der Schutzgebietsverordnung, die dann nach einer öffentlichen Anhörung bis zum Sommer verabschiedet werden soll. An der UNESCO-Anerkennung sind drei Gremien beteiligt: Das deutsche MAB-Komitee prüft den Antrag anhand des nationalen Kriterienkatalogs und muss eine Anerkennungsempfehlung aussprechen. Das Advisory Comitee prüft die Empfehlung des MAB-Komitees auch im Hinblick auf die internationalen Leitlinien der UNESCO. Die abschließende Entscheidung trifft die Vollversammlung der UNESCO. Ziel ist die Anerkennung bis Ende 2008.

„Hoch gesprungen, tief gelandet“: zu wenig Gemeinden, zu wenig Personal und Finanzen, zu kleine „Kernzönchen“ – so die Bilanz der Grünen im Landtag. Anstelle von 5 bis 10 Kernzonen mit jeweils mindestens 100 Hektar gebe es nur 38 meist klitzekleine Kernzonen.

Die Hauptkritikpunkte der Grünen: Wichtige Gemeinden wie beispielsweise Dettingen, St. Johann, Lichtenstein, Hohenstein und Mehrstetten sind nicht dabei. Das Verwaltungsteam erreiche mit geplant derzeit acht Personen nicht ansatzweise die kritische Masse, die für regionale Wirtschaftskreisläufe und die erfolgreiche Vermarktung des Biosphärengebietes erforderlich sei. Die Grünen forderten eine deutlich bessere personelle Ausstattung entsprechend internationaler Standards.

2.13 Landesregierung entfernt sich vom Integrierten Rheinprogramm

Die Entscheidung des Umweltministeriums und des Regierungspräsidiums Karlsruhe, am Rhein einen gesteuerten Rückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört für den Hochwasserschutz zu schaffen, stößt bei der SPD auf Unverständnis. Der gesteuerte Rückhalteraum sei nicht nur ökologisch schlechter, sondern auch 10 Millionen Euro teurer als eine natürliche Flutung. Nach SPD-Ansicht verabschiedet sich die Landesregierung mit der jetzt getroffenen Variantenauswahl vom Integrierten Rheinprogramm. Alle Fachgutachter hätten die nun bevorzugte Variante 2 unter ökologischen Gesichtspunkten abgelehnt. Damit werde das Integrierte Rheinprogramm nur noch auf den rein technischen Hochwasserschutz beschränkt. Von der ursprünglich angestrebten Verknüpfung von Ökologie und Hochwasserschutz sei man nun meilenweit entfernt,



Allerdings könne Europarecht die Entscheidung des Regierungspräsidiums noch durchkreuzen. Denn nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie müsse das Flussgebiet als Ganzes betrachtet werden. Eine Beschränkung auf nur ein Bundesland werde in Brüssel nicht akzeptiert. Deshalb sei es sowohl aus ökologischen als auch aus finanziellen Gründen geboten, anstelle des jetzt beschlossenen gesteuerten Rückhalterums lieber in Rheinland Pfalz den gegenüber liegenden Polder Daxlander Au leicht zu modifizieren.

2.14 Revitalisierung Taubergießen abgeschlossen

Das Anfang 2006 gestartete INTERREG-Projekt "Revitalisierung Taubergießen" hat seinen erfolgreichen Abschluss gefunden. Das Land Baden-Württemberg hatte sich mit insgesamt rund 1 Million Euro beteiligt. Die EU steuerte aus INTERREG - Programmmitteln 975.000 Euro bei. Die beteiligten Gemeinden Kappel-Grafenhausen, Rheinhausen und Rust auf der deutschen Seite sowie Rhinau auf französischer Seite trugen weitere rund 100.000 Euro bei. Die Stiftung Naturschutzfonds beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum rundet die Finanzierung mit 85.000 Euro ab. Über 2 Millionen Euro wurden in die Pflege dieser einzigartigen Naturlandschaft investiert.

Die Durchströmung der Rheinaue wurde verbessert und die Wasserläufe entschlammt, wodurch die Gewässer im Taubergießen eine neue Dynamik erhalten haben. Es wurden Durchlassbauwerke umgebaut, Wege abgesenkt und die Wasserführung optimiert, damit mehr Wasser durch das Gebiet fließen kann.



Für das Freiburger Regierungspräsidium gilt, das Projekt ist ein viel versprechendes Modell für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Behörden, Fischerei- und Naturschutzverbänden links und rechts des Rheins.

2.15 Schlechte Bilanz der Baden-Württembergischen Klimapolitik

Legt man die Zielsetzung der EU-Regierungschefs zugrunde, die CO₂-Emissionen - bezogen auf das Basisjahr 1990 - bis 2020 um 30% zu reduzieren, muss Baden-Württemberg seine CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um rund 22 Mio. Tonnen gegenüber dem Stand von 1990 (74,4 Mio. t) absenken. Nach einer Recherche der Grünen ist das Land hiervon jedoch weit entfernt. Laut den zuletzt vom Statistischen Landesamt vorgelegten Zahlen lag das CO₂-Emissionsniveau im Jahr 2004 bei 73,7 Mio. t und somit nur unwesentlich niedriger als zuvor.

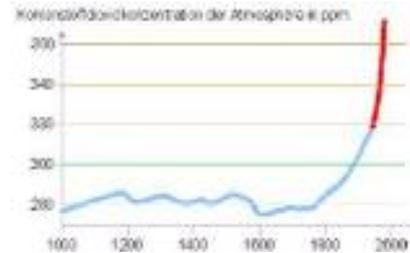
Mit einem Anteil von knapp 10 Prozent an der Stromerzeugung hinkt Baden-Württemberg dem Bundestrend hinterher: So hat der Bund beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor mit 12 Prozent Ende letzten Jahres bereits das von der Landesregierung für das Jahr 2010 selbst gesteckte Ausbauziel von 10,5 Prozent übertroffen.

Ernüchternd stelle sich die Situation auch im Hinblick auf die Umsetzung von mehr Energieeffizienz dar. Seit Jahren verfüge das Wirtschaftsministerium über ein Gutachten, wonach rund 20 Prozent des heutigen Energiebedarfs durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologien abgedeckt werden könnte. Hinzu kommt ein brachliegendes Potenzial von rund 1500 Megawatt im Bereich der industriellen Kraft-Wärme-Kopplung.

Schlecht sieht es auch mit der notwendigen Reduzierung des Energieverbrauchs bei den privaten Haushalten aus: Je Einwohner liegen die jährlichen CO₂-Emissionen der privaten Haushalte im Land laut Zahlen des Statistischen Landesamts bei knapp 2,9 t und damit um fast 12% über dem Bundesdurchschnitt (2,6 t).

2.16 Verbände protestieren gegen die Klimaschutzbilanz des Landes

Das Umweltministerium hat vor kurzem die neueste Klimaschutzbilanz vorgelegt und versucht ein positives Bild abzugeben: „Die energiebedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg im Jahr 2004 betrug knapp 74 Mio. Tonnen (vorläufige Werte). Seit 2001 haben die energiebedingten CO₂-Emissionen im Land damit kontinuierlich um insgesamt über 6 Mio. Tonnen abgenommen.“ Tatsache ist jedoch, dass die CO₂-Emissionen weder in Bezug auf das international für Vergleiche und Ziele herangezogene Kioto-Jahr 1990 noch auf das Startjahr des baden-württembergischen Umweltplanes 2000 abgenommen hat. Richtig ist, dass 1990 die energiebedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg bei 74,4 Millionen Tonnen lagen, 2000 bei 74,9 Millionen und für das Jahr 2004 liegt die Schätzung bei 74 Millionen Tonnen. 2001 war Konjunktur bedingt ein extremes Negativjahr. BUND, LNV und NABU haben jeweils mit Pressemitteilungen gegen diese verzerrte Darstellung protestiert. (siehe auch unter LNV-Veröffentlichungen)



2.17 Erfolgreicher Ulmer Energieeffizienztisch sucht Nachahmer!

Vor zwei Jahren wurde der Energieeffizienztisch Ulm gegründet. Insgesamt neun Unternehmen aus der Region schlossen sich zusammen, um Erfahrungen und Kenntnisse zur Steigerung der Energieeffizienz auszutauschen. Bei der Abschlussveranstaltung in Ulm wurde deutlich, dass sich die Erwartungen an das Engagement der Unternehmen erfüllt haben. Durch die Steigerung der Energieeffizienz und die Ausschöpfung von Energieeinsparpotenzialen hätten in den beteiligten Unternehmen die laufenden Betriebskosten gesenkt werden können. Gleichzeitig sei durch die dadurch bedingte Minderung des Kohlendioxidausstoßes ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet worden, nach den zwei Jahren Laufzeit wird nun 5,5 Prozent weniger Energie verbraucht. Das Modellprojekt wurde vom Umweltministerium mit 33.000 € unterstützt. Projektträger und -koordinator ist das Modell Hohenlohe e. V., die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Fraunhofer Institut Systemforschung und Innovationstechnik Karlsruhe (ISI). Die Industrie- und Handelskammer Ulm unterstützt das Vorhaben als ideeller Projektpartner.

Erstmals in diesem Jahr fördere das Land kleine und mittlere Unternehmen bei der Verbesserung der Energieeffizienz, 2 Millionen Euro jährlich stünden dafür zur Verfügung. (UM).

2.18 ECOfit spart Kosten und entlastet Umwelt

Anfang Mai fand die Abschlussveranstaltung zum Programm "ECOfit" der Stadt Stuttgart statt. Das Projekt bringt den neun beteiligten Unternehmen eine Ersparnis von rund 420.000 Euro im Jahr. Für die Umwelt bedeute dies 1.800 Tonnen weniger CO₂-Belastung, 95 Tonnen weniger Abfall, 21.000 Kubikmeter geringerer Wasserverbrauch und 2,5 Millionen kWh reduzierter Stromverbrauch. Mit externen Beratern sind so erfolgreich Optimierungsmöglichkeiten gesucht worden. Es gibt bereits weitere Anfragen von Städten und Gemeinden, um auch in ein solches betriebliches Ökomanagement einzusteigen.

Weitere Informationen zum Förderprogramm ECOfit unter www.um.baden-wuerttemberg.de Rubrik "Wirtschaft und Umwelt" - "Betrieblicher Umweltschutz" - "Förderprogramm ECOfit"

2.19 Geier-Einflug nach Süddeutschland

In Haigerloch-Stetten in Baden-Württemberg zählten Vogelkundler im Mai insgesamt 24 große Geier. Zuvor waren die Geier schon am Nordwestrand der Schwäbischen Alb entdeckt worden. Sie hatten in dem landwirtschaftlich genutzten Gebiet aus der Luft ein totes Schaf erspäht und sich an dem Kadaver gütlich getan. Bereits im April waren einzelne Gänsegeier nahe Mainz in Rheinland-Pfalz, im Nordschwarzwald, in



Bayern, Schleswig-Holstein und bei Celle in Niedersachsen aufgetaucht. Vor einem Jahr hatten Ornithologen sogar rund 70 Gänsegeier in Deutschland gezählt. Kleinere Trupps waren damals bis nach Mecklenburg-Vorpommern gesegelt.

Dieses Mal gilt es nach Ornithologenangaben als besonders bemerkenswert, dass auch Mönchsgeier in dem Trupp gesichtet wurden. Die Geierart mit dem braunschwarzen Gefieder und dem kurzen nackten

Hals ist bisher in Deutschland extrem selten gesichtet worden.

Gänsegeier haben ihre nächsten Brutplätze in Südfrankreich und Spanien, der wesentlich seltenere Mönchsgeier ebenfalls in Spanien. Es wird vermutet, dass die Geier aus Nahrungsmangel größere Ausflüge nach Norden unternehmen. Wegen einer Hygiene-Verordnung der Europäischen Union werden seit einiger Zeit Kadaver von Weidevieh wie Schafen und Ziegen in den südlichen Ländern sofort beseitigt. Damit verlieren die Geier ihre Nahrungsgrundlage.

3 Bundes-/Europathemen

3.1 *Deutschlands Artenvielfalt stirbt weiter*

Die Gefahr für Streuobstwiesen und klare Seen wächst. Mittlerweile stehen 72 Prozent aller Biotope auf der Roten Liste. Damit bekommt Deutschland ein Problem mit seiner Glaubwürdigkeit beim Umweltschutzamt.

Der Artenverlust bei Tieren und Pflanzen geht in Deutschland unvermittelt weiter. Dies zeigt die am

28.3.2007 in Berlin vorgestellte neueste Auflage der „Roten Liste“ für gefährdete Biotoptypen deutlich. Demnach gelten 72 Prozent aller 690 verschiedenen Lebensräume in Deutschland als gefährdet oder sogar als akut von der Vernichtung bedroht. Der Verlust an Lebensräumen sei nicht oder nur mit großem Aufwand rückgängig zu machen.

Neben Roten Listen für bedrohte Tiere und Pflanzen gibt es auch eine Rote Liste für bedrohte Biotope. Diese werden etwa alle zehn Jahre aktualisiert, die letzte Biotopen-Liste stammt von 1994. „Damals galten 68 Prozent der Lebensräume als bedroht“, so der Bundesumweltminister. Besonders dramatisch sei der Rückgang einstmals weit verbreiteter blumenreicher Wiesen und Weiden oder der Klarwasserseen. Auch Streuobstwiesen, einst weit verbreitet im Gürtel der Dörfer, würden zunehmend aus der Flur verschwinden.



3.2 *Scharfe Kritik am Kompromiss des G8-Gipfels:*

Mit Unverständnis hat das globalisierungskritische Netzwerk attac auf das Ergebnis des G8-Gipfels reagiert: Diese Zielvorgaben „Man ziehe in Erwägung, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren“ seien laut attac zynisch gegenüber den Opfern des Klimawandels. Durch die lange Zeitspanne fehle der Druck, die jetzt fällige Reduktion der Treibhausgase zu vereinbaren. In dieser Zeit werden weitere Millionen Menschen von den Folgen des Klimawandels wie Wassermangel, extreme Wetterereignisse und steigende Meeresspiegel in ihrer Existenz bedroht oder dieser beraubt.

Um einem ansonsten überflüssigen und ergebnislosen Gipfel den Anstrich der Legitimität zu verschaffen, hat Merkel die dringend notwendigen Fortschritte im Klimaschutz einem schlechten Kompromiss geopfert. Es sei über unverbindliche Ankündigungen hinaus in keiner Weise deutlich geworden, wie eine echte CO₂-Reduktion erfolgen soll.

3.3 *„Ökologischer Rucksack“ von Biokraftstoffen*

„Steigende Ölpreise und die Notwendigkeit, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu verringern, haben zu einer euphorischen Unterstützung für Pflanzentreibstoffe geführt. Mit dem Etikett „Bio“-Treibstoff wird vorgetäuscht, dass pflanzliche Treibstoffe grundsätzlich für die Umwelt positiv seien. Die Produktion von Biokraftstoffen ist jedoch sehr energieintensiv und hat oft sogar eine negative CO₂-Bilanz: Die Abholzung von Regenwäldern, um Flächen für den Anbau von Energiepflanzen zu gewinnen, steht im Widerspruch zu Klimaschutzzielen.

Auch in Deutschland müssen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt, zum Beispiel durch Monokulturen, bedacht werden.

Zudem gefährdet der zunehmende Verbrauch von Pflanzenkraftstoffen die globale

Lebensmittelsicherheit. Unter anderem die Grünen fordern, dass die EU deshalb für verbindliche ökologische Standards bei der Pflanzentreibstoffherzeugung und bei Rohstoffimporten sorgen muss. Ihre Fraktion im Europäischen Parlament habe deshalb eine "Food-Culture"-Kampagne gestartet, die die Aufmerksamkeit auf diese Risiken lenken soll.

Näheres unter:

http://www.greens-efa.org/cms/topics/dokbin/166/166433.food_or_fuels@en.pdf
http://www.afrika.info/aktuell_detail.php?N_ID=374&kp=news

3.4 Insekten als Indikatoren des Klimawandels

Derzeit verzeichnen Experten in Europa so etwas wie eine Völkerwanderung der Schmetterlinge. Die warmen Winter ermöglichen es zahlreichen, vor allem Wärme liebenden Arten, ihr Areal nach Norden auszudehnen. Der Grosse Fuchs, vor zehn Jahren noch auf einige Reststandorte zurückgedrängt, ist wieder in vielen Teilen Süddeutschlands zu finden. Ähnliche Beobachtungen kommen aus anderen europäischen Regionen wie Schottland. Dort tauchen jetzt der so genannte Braunkolbige Braun-Dickkopffalter und das Rotbraune Ochsenauge auf, denen es in diesen Breiten bisher zu kühl war.



Hochmoorgelbling

Umgekehrt geraten Arten, die beispielsweise in Mooren sowie Gebirgen vorkommen und kühleres Klima bevorzugen, in Schwierigkeiten. Außerhalb der Alpen ist in Deutschland mit einem Verschwinden bisher bereits seltener Arten zu rechnen. Dazu sind zu zählen: der Hochmoorgelbling, der Randring-Perlmutterfalter, der Hochmoorbläuling und der Natterwurz-Perlmutterfalter.

Seit 2005 gibt es das Tagfalter-Monitoring Deutschland, das im Rahmen eines europäischen Netzwerkes vom Leipziger UFZ koordiniert wird: <http://www.tagfalter-monitoring.ufz.de/>

3.5 Kritik an der „Kleinen Novelle“ des Bundesnaturschutzgesetzes

Der NABU-Bundesverband hat die Bundesregierung aufgefordert, die so genannte „Kleine Novelle“ des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) nachzubessern. Der derzeit in Abstimmung befindliche Gesetzesentwurf werde den Anforderungen des europäischen Artenschutzrechtes nicht gerecht und senke zudem die bewährten Standards für den Artenschutz auf nationaler Ebene. Der aktuelle Entwurf stelle einen gravierenden Rückschritt für den Arten- und Naturschutz in Deutschland dar und verfehle gleich zwei seiner Ziele. Es sei weder eine Verbesserung des bestehenden deutschen Umweltrechts zu erwarten, noch werden die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes genügend berücksichtigt.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hatte in seinem Urteil vom 10. Januar 2006 festgestellt, dass sowohl das Bundesnaturschutzgesetz als auch das Pflanzenschutzgesetz in mehreren Punkten gegen das EU-Recht verstoßen. Der NABU bemängelt, dass die vom EuGH geforderten Nachbesserungen des BNatSchG nur unvollständig umgesetzt wurden. Das diskutierte Papier berücksichtigt nicht die Lebensräume vieler in Europa bedrohter Arten wie etwa der Wildkatze. Darüber hinaus werde der Schutz vieler lediglich nach nationalem Recht geschützten Tier- und Pflanzenarten massiv geschwächt.

3.6 externe Kosten beim Verkehr und bei der Energieerzeugung

Das Umweltbundesamt (UBA) veröffentlichte am 30. April eine "verbesserte" Methode zur Schätzung externer Umweltkosten. Hierbei handelt es sich um Kosten, für die oft nicht die Verursacher, sondern die Allgemeinheit aufkommen muss. Die Behörde berechnete für einige Bereiche externe Kosten. Für den Straßenverkehr ergaben die Berechnungen des Umweltbundesamtes, dass ein Personenkraftwagen in Deutschland im Schnitt knapp 3 Euro pro gefahrenen hundert Kilometern an Folgekosten für Umwelt und Gesundheit verursacht. Dies beruhe vor allem auf den Emissionen von Luftschadstoffen und Treibhausgasen. Für ein Auto mit einer Gesamtfahrleistung von 100.000 Kilometer, kämen so externe Kosten von 3.000 Euro zusammen. Bei einem LKW addieren sich die Kosten laut Umweltbundesamt auf 17 Euro pro hundert Kilometer. Lastete man auch diese Kosten an, so wäre nach Auffassung der Umweltbehörde mindestens eine Verdopplung der LKW Maut von derzeit 12,5 Cent auf 25 Cent gerechtfertigt.

Im Auftrag des Umweltbündnisses Allianz pro Schiene kommt das Institut Infras zu dem Schluss, dass der Auto- und Lastwagenverkehr mit 77 Milliarden Euro jährlich die höchsten Folgekosten auf die Gesellschaft abwälzt. Dabei geht es vor allem um Unfälle mit Toten und Verletzten. Diese Kosten tragen Kranken- und Rentenkassen sowie der Steuerzahler, also die Allgemeinheit.

Würden alle Kosten dem Verursacher angelastet, müsste Autofahren je Kilometer neun Cent und das Fliegen 15 Cent teuer sein, so der Experte. Skandalös sei, dass Krankenkassen die Kosten von Autounfällen mit den Kfz-Versicherern bisher meist nur pauschal abrechneten. Laut Allianz pro Schiene verursacht ein Gütertransport per Bahn nur ein Viertel der Kosten als via Laster. Das Auto wiederum führe pro Kopf und Kilometer zu dreimal höheren Unfall- und Umweltkosten als die Bahn. Ein Flug sei sogar fünfmal schädlicher für die Atmosphäre.

Auch für die Energieerzeugung wurden externe Kosten berechnet. Es habe sich gezeigt, dass die externen Kosten der Stromerzeugung aus Stein- und Braunkohle in der Größenordnung von 6 bis 9 Cent pro Kilowattstunde (KWh) liegen. Die externen Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien liegen den Angaben zufolge im Mittel deutlich unter einem Cent pro KWh. "Dies zeigt: Die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland ist volkswirtschaftlich vernünftig." Im Jahr 2006 habe die Förderung der erneuerbaren Energien über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nach vorläufigen Angaben 3,2 Milliarden Euro gekostet. "Dem standen jedoch vermiedene Umwelt- und Gesundheitskosten in Höhe von mindestens 3,4 Milliarden Euro gegenüber", meint die Behörde.

3.7 VW-Gewinne steigen auf Kosten der Umwelt

Entgegen der Selbstverpflichtung zur Senkung der Emissionen ist der Kohlendioxid Ausstoß neuer Volkswagen zwischen 2001 und 2006 im Durchschnitt um sechs Gramm pro Kilometer gestiegen. Zwar verfügt auch VW über geeignete technische Lösungen zur Abgas- und Verbrauchsreduzierung, diese würden aber nur als Nischenprodukte und nicht als Massenmodelle auf den Markt gebracht.

Eine Analyse der Werbung von Pkw-Herstellern durch den BUND hatte ergeben, dass VW vorrangig Attribute wie Fahrspaß, Geschwindigkeit, Beschleunigung und Komfort bewarb, nicht aber wichtiger werdende Eigenschaften wie Sparsamkeit und Umweltverträglichkeit. Die von VW beworbenen Neuwagenmodelle hatten im Durchschnitt einen CO₂-Ausstoß von 235 Gramm pro Kilometer bei Benzinern und von 200 Gramm bei Diesel-Pkw.



3.8 Fahrradfahren fördern - CO₂ sparen

Wenn die Menschen, insbesondere in den Städten, mehr mit dem Fahrrad fahren, könnte laut der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) eine ganz erhebliche Menge CO₂ eingespart werden. Würden zum Beispiel die Hälfte aller Pkw-Fahrten unter fünf Kilometer mit dem Fahrrad zurückgelegt, könnten damit jährlich bundesweit über 4,5



Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Das ist soviel wie der jährliche CO₂-Verbrauch aller Privathaushalte in Berlin! Und da Autos in der Startphase und auf kurzen Strecken besonders viel Sprit verbrauchen, ist das Einsparpotenzial eher noch höher.

Ein gutes Beispiel bietet die AGFS-Mitgliedsstadt Troisdorf. Dort sanken durch gezielte Maßnahmen zwischen 1988 und

1996 die Pkw-Fahrten nachweislich um rund zehn Prozent.

http://www.fahrradfreundlich.nrw.de/cipp/agfs/custom/pub/content_lang_1/oid_492/ticket.guest

3.9 Großflächige Umweltzonen können Städte lebenswerter machen

Der BUND sieht in der neuen Plakettenverordnung zur Kennzeichnung der Schadstoffgruppen von Fahrzeugen einen wichtigen Schritt hin zu lebenswerten Städten. Mit der Verordnung könnten Kommunen ab sofort gegen Dieselabgase von Lkw und Pkw als Hauptverursacher der innerstädtischen Feinstaubbelastung vorgehen. Pkw machten fast die Hälfte der städtischen Feinstaubbelastung aus. Die Einrichtung einer Umweltzone könnte die Gesamtbelastung um rund 20 Prozent reduzieren.

Fahrzeuge dürfen die ausgeschilderten Umweltzonen künftig nur befahren, wenn sie den erlaubten Schadstoffgruppen angehören. Fast 30 Städte planen in Deutschland die Einrichtung von Umweltzonen.

Wenn die Umweltzonen ihre volle Wirkung bei der Minderung der Feinstaubbelastung leisten sollen, muss allerdings einiges beachtet werden: Sie müssen groß genug sein, um Ausweichreaktionen der Autofahrer zu vermeiden und so die gesamte Stadt umfassen, so wie es in Stuttgart geplant ist. Unübersichtliche lokale Regelungen, die sich wie ein Flickenteppich über eine Region legen, können die Autofahrer hingegen nicht nachvollziehen."

Die Umweltzonen müssten zudem gestuft aufgebaut sein. Wenn Messungen zeigten, dass die Wirkung einer ersten Stufe nicht genüge, müssten strengere Plakettenstufen zur Geltung kommen.

3.10 NABU fordert neue ökologische Kriterien für die Flächenstilllegung

Angesichts der fortlaufenden Debatte um eine Abschaffung der Flächenstilllegung appelliert der NABU an Agrarpolitiker in Brüssel und Berlin, die positiven Auswirkungen der Flächenstilllegung auf die biologische Vielfalt dauerhaft zu erhalten. Die Flächenstilllegung schaffe in vielen Ackerbauregionen die letzten ökologischen Rückzugsräume und ist für zahlreiche Tierarten wie Feldhasen, Rehe und Rebhühner unersetzlich.

Das Instrument der Flächenstilllegung wurde 1992 zur Mengenregulierung im Ackerbau eingeführt und hat sich seitdem oft zu einem wertvollen „Lebensraum auf Zeit“ für die Natur entwickelt. Seit der EU-Agrarreform von 2003 wird die Stilllegung, die derzeit auf rund acht Prozent der Ackerflächen betrieben werden muss, jedoch zunehmend in Frage gestellt. Auch werden die Stilllegungsflächen immer häufiger zum Anbau von nachwachsenden Rohstoffen wie Raps oder Mais genutzt und verlieren

somit ihre ursprüngliche Funktion als Brache.

Nach Auffassung des NABU ist es gerade vor dem Hintergrund der liberalisierten Agrarpolitik und der steigenden Nachfrage nach Energiepflanzen wichtig, auch in Zukunft naturverträglich bewirtschaftete Brachen als Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten zu erhalten. Daher fordert der NABU, das bisherige Instrument durch eine „Ökologische Flächenstilllegung“ zu ersetzen. Diese soll als natürlich begrünte oder eingesäte Brache für ein oder mehrere Jahre angelegt werden.

3.11 Künstliche Beschneigung treibt Treibhauseffekt weiter voran

Laut einer OECD-Studie von 2006 müssen rund 70 % der Skiregionen in Österreich durch den Klimawandel langfristig um die Schneesicherheit fürchten. Das Ausbleiben des Schnees in vielen Skiorten führt dazu, dass die Schneekanonen voll im Einsatz sind - soweit es die Temperaturen zulassen. In Österreich wird bereits mehr als die Hälfte aller Pisten künstlich beschneit. In Kärnten sind es sogar 80 Prozent der Skigebiete. Schneekanonen verbrauchen enorme Mengen an Wasser und Energie. So entspricht der Stromverbrauch von Schneekanonen in den Alpen pro Saison ungefähr dem Verbrauch von Graz in zwei Jahren. Schneekanonen greifen intensiv in den Wasserhaushalt ein. Um eine Grundbeschneigung von 30 Zentimetern zu erzielen, werden pro Hektar 1.500 bis 2.000 Kubikmeter Wasser verbraucht. In manchen Ski-gebieten kam es aufgrund der Beschneigung bereits zu Wasserknappheiten. Statt die Schneekanonen abzustellen, wurde die Bevölkerung mit eingeführtem Trinkwasser versorgt.

3.12 Gentechnisch veränderter Mais darf freigesetzt werden

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat der Firma Monsanto die Freisetzung von gentechnisch verändertem Mais zu wissenschaftlichen Zwecken unter Sicherheitsauflagen genehmigt. Die Freisetzungen sollen stattfinden in Oberboihingen und Grünsfeld (Baden-Württemberg) sowie weiteren sieben Standorten im Bundesgebiet. Die genehmigten Freisetzungsflächen umfassen eine Größe von maximal 5.000 Quadratmetern je Standort. Die Firma Monsanto darf in den Jahren 2007 bis 2011 maximal 50.000 Pflanzen je Standort und Jahr freisetzen.

Das BVL kommt in seiner Sicherheitsbewertung zu dem Schluss, dass von dem Freisetzungsversuch keine schädlichen Einflüsse auf Menschen und Tiere sowie auf die Umwelt zu erwarten sind, verfügt aber vorsorglich



Sicherheitsmassnahmen. Um eine Verbreitung von gentechnisch verändertem Mais zu vermeiden, muss der Betreiber zwischen den Freisetzungsflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen mit nicht gentechnisch verändertem Mais 200 Meter Abstand halten. Ferner ist um den gentechnisch veränderten Mais ein Gürtel aus konventionellem Mais zu säen, der zeitgleich mit dem Genmais blüht. Das gentechnisch veränderte Saat- und Erntegut ist zu kennzeichnen. Eine Verfütterung oder die Verwendung des Mais als Lebensmittel sind nicht zulässig. Nicht für Analysen verwendetes Material muss vernichtet werden. Nach Abschluss des Freisetzungsversuchs wird eine einjährige Anbaupause für Mais eingehalten, um ggf. nachwachsende gentechnisch veränderte Maispflanzen entfernen zu können.

3.13 Genmais für billiges Ethanol

In der Ethanol-Produktion kann Mais bislang nur teilweise verarbeitet werden - Zellulose-Bestandteile wie Blätter oder Stängel landen zumeist im Ausschuss. Mariam Sticklen, Professorin an der Michigan State University, hat nun eine gentechnisch veränderte Pflanze entwickelt, die Enzyme produziert, die aus der Zellulose Zucker machen, der sich dann ebenfalls zu Ethanol fermentieren lässt. Solcher Mais könnte die Biotreibstoff-Produktion deutlich verbilligen, da nicht mehr nur die Körner verarbeitet würden.

Sticklen hat nun Maispflanzen so verändert, dass sie entsprechende Enzyme selbst in sich tragen. Wichtigster Durchbruch bei Sticklens Arbeit ist die Tatsache, dass die im Mais integrierten Enzyme die Zellulose erst dann zersetzen, wenn die Pflanze geerntet wurde. Der verwendete genetische Baustein stammt von Bakterien, die in heißen Quellen leben. Ihre Enzyme werden nur aktiv, wenn hohe Temperaturen herrschen - in diesem Fall rund 50 Grad. Die Mais-Zellulose wird also erst dann zersetzt, wenn sie erhitzt wird.

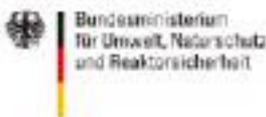
Allerdings brächten solche gentechnisch veränderten Pflanzen ihre eigenen Probleme mit sich. Eines davon sind mögliche negative Umwelteffekte. Würde man die Pflanzen auf dem Feld stehen lassen, könnte es passieren, dass sich ganze Ökosysteme verändern. Zucker stünde Mikroorganismen plötzlich leichter zur Verfügung.

<http://www.msu.edu/user/stickle1/>

3.14 Entwurf zur Nationalen Biodiversitätsstrategie

Das Bundesumweltministerium hat Ende Mai den Entwurf der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zur Anhörung an Länder und Verbände versandt, die nun aufgefordert sind, dazu Stellung zu nehmen und eigene Vorschläge einzubringen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel will damit gerade mit Blick auf die große UN-Naturschutzkonferenz, die im nächsten Jahr in Bonn stattfindet, erreichen, dass Deutschland rechtzeitig eine aussagekräftige Strategie zur biologischen Vielfalt vorlegt. Ziel der Strategie zur biologischen Vielfalt ist es, alle gesellschaftlichen Akteure anzusprechen und die Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln.

In den Augen von BUND, NABU und WWF macht die Bundesregierung damit einen ersten wichtigen Schritt hin zur Wahrung der Vielfalt der Arten und Lebensraumtypen. Deutschland beginnt damit endlich, seine Verpflichtungen aus der Unterzeichnung der Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt auch in national greifbare Ziele umzusetzen. Damit die Biodiversitätsstrategie zur Erfolgsgeschichte wird, muss



ihr bereits jetzt im Naturschutzrecht der Weg geebnet werden. Spätestens beim geplanten Umweltgesetzbuch müssen dann verbindliche Regelungen z.B. für die Forstwirtschaft, Landwirtschaft und die Erneuerbaren Energien geschaffen werden, um die praktische Umsetzung der zukünftigen Nationalen Biodiversitätsstrategie zu

unterstützen. Zudem müssen ursprünglich klare Formulierungen wie das Bekenntnis gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wieder in die Biodiversitätsstrategie aufgenommen werden.

Weitere Informationen über die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt unter www.bmu.de.

4 Gesetze, Verordnungen, Rechtsprechung

... Internationales und der EU

4.1 EU-Grundwasserrichtlinie in Kraft

Nachdem im Dezember 2006 das Europäische Parlament und der EU-Rat die neue Grundwasserrichtlinie gebilligt haben, ist sie nun am 16.01.2007 in Kraft getreten. Innerhalb der kommenden zwei Jahre muss auch Deutschland diese Tochterrichtlinie der WRRL rechtlich umsetzen. Trotz einiger neuer Spielräume für die Umsetzung hat das EP eine substantielle Abschwächung der bisher gültigen Grundwasserrichtlinie verhindern können. EU-weit verankert bleibt die Vorgabe, dass das Grundwasser an sich zu schützen ist und Schadstoffeinträge verbindlich verhindert werden müssen. Mit den WRRL-Maßnahmenprogrammen muss nun auch die Grundwasserverschmutzung durch endokrin wirksame Substanzen EU-weit angegangen werden. Neu sind außerdem die EU-weiten Grenzwerte für maximal zulässige Pestizid- und Nitratkonzentrationen im Grundwasser (0,5 Mikrogramm/Liter bzw. 50mg/l), die bis 2015 für den guten chemischen Zustand erreicht bzw. eingehalten werden müssen. Erkenntnisse zum Grundwasserökosystem sind bei der Umsetzung und Überprüfung der Richtlinie zu berücksichtigen. In den kommenden Monaten werden in den CIS-Arbeitsgruppen zum Grundwasserschutz Leitfäden erarbeitet und entschieden, die mögliche Schlupflöcher weiter einengen können: Leitfaden zur Vermeidung und Begrenzung von Schadstoffeinträgen, zur Ableitung von nationalen Qualitätsstandards und zur Einstufung des Gewässerzustands bzw. zur Trendumkehr. Eine kritische Begleitung bleibt weiter erforderlich.

Quelle: *WRRL-Forum Infos zur Wasserrahmenrichtlinie 1/2007 des BUND-Bundesverbandes. Eine umfassende Bewertung der neuen Grundwasserrichtlinie findet sich auf der Homepage von dem BUND: http://www.bund.net/lab/reddot2/wasser_6003.htm.*



... des Landes

4.2 Neue Verwaltungsvorschriften des Landes über die Bestellung der Naturschutzbeauftragten und über den Naturschutzdienst

Infolge des neuen Naturschutzgesetzes wurden die Verwaltungsvorschriften über die Bestellung der Naturschutzbeauftragten und den Naturschutzdienst überarbeitet.

Die genauen Ausführungen finden sich im GABl v. 30.5.07 S. 205 f oder können bei der LNV-GS angefordert werden.

Urteile

4.3 Rechtliche Bewertung von Abwägung in Bebauungsverfahren

Weil die LNV-Arbeitskreise sich immer wieder über vermeintliche Abwägungsfehler von Gemeinden oder Behörden beschwerten, gegen die sie gern klagen wollen, sei hier ein Zitat aus einem älteren Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim wiedergegeben (Normenkontrollsache 3 S 2216/98 gegen die Stadt Neuenstein, BP Lange Klinge vom 27.07.1998):

„Die gerichtliche Kontrolle der von der Gemeinde gemäß § 1 Abs. 6 BauGB vorzunehmenden Abwägung der öffentlichen und privaten Belange hat sich auf die Prüfung zu beschränken, ob eine Abwägung überhaupt stattgefunden hat, ob in sie an Belangen eingestellt worden ist, was nach Lage der Dinge berücksichtigt werden musste, ob die Bedeutung der betroffenen öffentlichen und privaten Belange richtig erkannt worden ist, und ob der Ausgleich zwischen den von der Planung berührten Belangen in einer Weise vorgenommen worden ist, die zu ihrer objektiven Gewichtigkeit in einem angemessenen Verhältnis steht. Hat die Gemeinde diese Anforderungen an ihre Planungstätigkeit beachtet, wird das Abwägungsgebot nicht dadurch verletzt, dass sie bei der Abwägung der verschiedenen Belange dem einen den Vorzug eingeräumt und sich damit notwendigerweise für die Zurückstellung des anderen entscheidet.“

Im vorliegenden Fall hatte es *„Die Antragsgegnerin ... jedoch entgegen § 1 a Abs. 3 BauGB bzw. der Vorgängerregelung in § 8a .. BNatSchG 1993 versäumt, alle in der Abwägung im Hinblick auf das Schutzgut ... von ihr selbst für notwendig gehaltenen Ausgleichsmaßnahmen, ..., planungsrechtlich verbindlich zu regeln. Der Bebauungsplan leidet daher an einem - ... – Abwägungsmangel, der dazu führt, dass der Bebauungsplan bis zur Behebung dieses Mangels für unwirksam zu erklären ist (§§215 a Abs. 1 Satz 2 BauGB, 47 Abs. 5 Satz 2 VwGO).“*

Die „Vorschriften verlangen aber auch die konkrete planerische Absicherung von Ausgleichs- und Ersatzflächen, die entweder durch Festsetzungen im – auch aus räumlich getrennten Gebieten bestehenden – Bebauungsplan oder durch öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgen kann (...). Nicht ausreichend, um den Vollzug und damit die Wahrung der Belange der Natur in ähnlicher Weise sicherzustellen wie eine planerische Festsetzung, ist aber eine bloß einseitige Verpflichtungserklärung. Hier fehlt es an einer ausdrücklichen Bindung gegenüber einem Außenstehenden, und es besteht die Gefahr, dass die erklärte Maßnahme des Ausgleichs oder des Ersatzes – obwohl zugesagt – nicht alsbald durchgeführt wird (...). ...zum anderen sind die planungsrechtlichen Probleme grundsätzlich in dem Verfahren zu lösen, in dem sie auftreten.“

Hieraus wird auch ersichtlich, dass das Baugesetzbuch in den §§ 214 und 215 umfangreiche Heilungsmöglichkeiten von Fehlern vorsieht, so dass ein Bebauungsplan praktisch nicht aufgehoben, sondern bestenfalls nachgebessert werden kann. Dem LNV-Arbeitskreis Ravensburg sei für den Hinweis auf dieses Urteil gedankt.

4.4 Europäischer Gerichtshof rügt Umsetzung des Naturschutzrechts

Der Europäischen Gerichtshof (EuGH) wirft der Bundesrepublik Deutschland in der Rechtssache C-98/03 vor, zentrale Bestimmungen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) von 1992 nicht ordnungsgemäß in deutsches Recht übernommen zu haben.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind dazu verpflichtet, die von ihnen verabschiedeten Richtlinien innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht zu übernehmen. Deutschland war bereits 1997 wegen der schleppenden FFH-Umsetzung in deutsches Recht verurteilt worden; erst 1998 hatte die damalige Bundesregierung auf Druck aus Brüssel und Luxemburg die Inhalte der Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz übernommen.

Den genauen Wortlaut des Urteils finden Sie unter: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/gettext.pl?where=&lang=de&num=79939889C19030098&doc=T&ouvert=T&seance=ARRET>

4.5 Bundesverwaltungsgericht stoppt Straßenbau wegen FFH-Gebietes

Ein etwa 12 km langes Teilstück der A 143 im unteren Saaletal soll zwei FFH-Gebiete queren. Ein Naturschutzverein hatte wegen nicht behandelten Fledermausvorkommen geklagt. Das BVerwG hat nun entschieden, dass die Planfeststellung trotz darin vorgesehener Konflikt mindernder Maßnahmen bislang nicht den Anforderungen des europäischen Naturschutzrechts genügt. Der Träger des Vorhabens habe in einer FFH-Verträglichkeitsprüfung den Nachweis zu führen, dass eine Beeinträchtigung der Erhaltensziele **ausgeschlossen** ist. Schadensminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen können zum Schutz des FFH-Gebietes wohl berücksichtigt werden, verbleibende Zweifel an der Wirksamkeit des Verfahrens gehen aber zu Lasten des Vorhabens. Bestünden aus wissenschaftlicher Sicht noch Zweifel an der Tragfähigkeit der Risikoeinschätzung, darf die Verträglichkeitsprüfung nicht mit einem positiven Ergebnis für das Vorhaben abgeschlossen werden. Seien in der FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht zu sämtlichen sich konkret abzeichnenden Risiken die besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse abgerufen, dokumentiert und berücksichtigt worden, „infizieren“ derartige Mängel sogar auch eine Abweichungsprüfung, nach der ein Vorhaben zugelassen werden kann, wenn der Nachweis für zwingende Gründe des überwiegend öffentlichen Interesses vorliegt. Damit ist der gerichtliche Rahmen für einen strengen Schutz der europäischen Natura2000-Gebiete gesetzt worden (siehe BVerwG 9 A 20.5 – Urteil v. 17.1.07)



5 LNV – Intern

5.1 LNV-Termine

Auch diesen Herbst laden Evangelische Akademie Bad Boll und LNV wieder ein zum

Zukunftsforum Naturschutz

und zwar für

Samstag, den 13.10.2007

9.30 - 16.30 Uhr

im Haus der Architekten, Stuttgart

Thema ist in diesem Jahr

NaturLernen

Wege einer erfolgreichen Natur- und Umweltbildung

Dass die Natur- und Umweltbildung in Baden-Württemberg unbefriedigend ist, wurde von vielen Verbänden, Behörden, Einzelpersonen erkannt. Sie versuchen in verschiedenen, engagierten und erfolgreichen Ansätzen gegenzusteuern. Allerdings sind diese Ansätze oft dezentral, in der Gesamtheit unkoordiniert und deshalb in gewisser Hinsicht beliebig. Sie können staatliches Handeln nicht ersetzen! Der LNV sieht für die Natur- und Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in der Pflicht, verbindliche Vorgaben zu erstellen, anstatt dieses Thema dem Ermessen des Lehrers zu überlassen. Das Forum soll die Notwendigkeit verdeutlichen, zugleich sollen Hintergründe vermittelt und Praxisbeispiele gegeben werden, welche die Arbeit der Verbände befruchten. Die Einladung mit detailliertem Programm erfolgt in den nächsten Wochen.

5.2 Informationen und Anfragen der Geschäftsstelle

Im 36. Jahr seiner Geschichte hat sich der **LNV ein aufgefrischtes Outfit und ein Logo zugelegt**, das ihm in der Öffentlichkeit und in den Medien ein modernes und zeitgemäßes Auftreten ermöglicht.

Wir bitten nun alle Aktiven darum, nur noch das neue Logo zu verwenden und die alten LNV-Utensilien zu erneuern. Nach außen sollte der LNV überall mit dem selben „**Corporate Design**“ auftreten, was nachgewiesenermaßen die Wahrnehmung und Akzeptanz einer Organisation positiv beeinflusst.

Über unsere Geschäftsstelle erhalten sie neue Faltblätter, Briefpapier und für Internet-Verkehr das Logo in den unterschiedlichsten Ausprägungen. Für Präsentationen stehen schicke Roll-up's (vertikale Banner in einem aufstellbaren Spannrahmen - siehe Foto) sowie Banner/Fahnen zur Verfügung, die sich leicht und handlich transportieren lassen. **Wir wünschen uns einen regen Gebrauch!**



Das Regierungspräsidium Stuttgart hat anlässlich einer **Anhörung zu einem Planfeststellungsverfahren** darauf aufmerksam gemacht, dass die Abgabe einer Stellungnahme **per Email NICHT** der Form des §73 Abs.4 LVwVfG entspricht. Will man sich Klagemöglichkeiten offen halten, muss die Stellungnahme/Einwendung fristgerecht **unterschrieben als Brief oder per Fax** zugeschickt werden. Wir bitten die Arbeitskreise diese Vorgehensweise zumindest bei allen jenen Planfeststellungsverfahren zu praktizieren, bei denen eine gerichtliche Auseinandersetzung im Bereich des Möglichen sein kann.

5.3 Personalien, Vertretung in Gremien

Am 9. Mai 2007 verstarb für uns unerwartet der langjährige Sprecher des LNV-Arbeitskreises im Zollernalb-Kreis, **Herr Gerd Schach**. Herr Schach hat den LNV-Arbeitskreis seit dem Jahr 1980 betreut und galt für viele Naturschützer als ein Vorbild. Er hinterlässt für uns eine große Lücke - wir werden seine stets freundliche Art sehr vermissen und ihn in bester Erinnerung behalten.



Herr **August W. Kaspar** hat seinen LNV-Vorstandssitz, den er für den Landesfischereiverband inne hatte, mit Rücksicht auf neue Verpflichtungen niedergelegt. Der LNV dankt Herrn Kaspar für seine engagierte und konstruktive Mitarbeit und wünscht ihm für seine neue Aufgabe alles Gute!

Für seinen langjährigen erfolgreichen Einsatz für Natur und Umwelt wurde **Werner Mangold aus Laichingen die LNV-Ehrendadel überreicht**. Werner Mangold war über 12 Jahre lang Sprecher des LNV-Arbeitskreises im Alb-Donau-Kreis, ferner auch über 22 Jahre Mitglied des NABU-Landesvorstands. Werner Mangold hat es mit seiner ausgleichenden Art verstanden, auch widerstreitende Interessen unter einen Hut zu bringen. Seine klaren Aussagen gepaart mit hoher Sachkompetenz waren immer wieder ausschlaggebend, dass Gefahren für die Natur rechtzeitig abgewendet werden konnten. Reiner Ehret bezeichnete Werner Mangold als ein Vorbild, dem heute leider viel zu wenige nacheifern und wünschte dem Geehrten, dass es ihm noch viele Jahre gegönnt sein soll, mit Freude seiner "Leidenschaft Natur" nachzugehen.

Eine **weitere Ehrendadel** wurde in diesem Jahr an die **Journalistin Margit Haas** aus Göppingen verliehen. Frau Haas nimmt seit 2001 an den öffentlichen Sitzungen des LNV-Arbeitskreises Göppingen teil. Zwischenzeitlich war sie Gast bei 80 Sitzungen und sorgt seit über sechs Jahren dafür, dass Umweltthemen und die AK-Arbeit in der Göppinger Presse einen festen Platz haben – mit gravierender Wirkung für das Bewusstsein von Behörden und Bevölkerung! Herr Ehret spricht mit seinen Wünschen die Hoffnung aus, Frau Haas möge als Vorbild erhalten bleiben.

Neuer Sprecher im **LNV-AK Nördliches Markgräfler Land** ist **Herr Jörg Pflüger**, der Herrn Dr. Christoph Hoffmann nachfolgt. Dieser hatte aus beruflichen Gründen das Amt niedergelegt. Der LNV dankt Herrn Dr. Hoffmann sehr herzlich für seine hervorragende Arbeit als Sprecher des Arbeitskreises und wünscht ihm für seine neue Aufgabe alles Gute!

Wir danken allen ehrenamtlichen Naturschützerinnen und Naturschützern, die sich bereit erklärt haben, die folgenden Ämter zu übernehmen.

- Neu gegründet wurde ein „Beirat Freiwilliges Ökologisches Jahr in Baden-Württemberg.“ Als Vertreter hat sich der stellv. LNV-Vorsitzende und LNV-Bildungsreferent **Siegfried Häfele** zur Verfügung gestellt. Stellvertreter/innen sind **Christine Lorenz-Gräser** und **Martin Zorzi**.
- Fachausschuss für die Anerkennung von Luftkur- und Erholungsorten beim RP Tübingen: Für die Vertretung des LNV in der neuen Amtsperiode vom 2007 bis 2011 hat sich der bisherige Vertreter, Herr **Jörg Lange-Eichholz**, erneut bereit erklärt. Als Stellvertreter steht Herr **Ralf Stolz** vom BUND-Umweltzentrum in Ulm zur Verfügung.

5.4 LNV-Pressemitteilungen

LNV zum Jubiläum des Umweltministeriums:

20 Jahre Vollgas mit angezogener Handbremse / Mutige Ministerin hat unzureichende Unterstützung im Kabinett.

vom 11.07.2007

„In 20 Jahren Umweltministerium sei wohl einiges in Gang gesetzt worden, fast immer jedoch „mit verbalem Vollgas, aber gezogener Handbremse! Alle Minister hätten unter dem Primat wirtschaftlicher Zielsetzungen zu leiden gehabt.“ - so der Rückblick unseres Vorsitzenden Reiner Ehret anlässlich des heutigen Festaktes in Ludwigsburg.

LNV ist wenig begeistert:

CO₂-Bilanz offenbart Schwächen der Landespolitik.

vom 15.06.2007

„Kein Grund zum Auf-die-Schulter-Klopfen“ – so die Reaktion des Landesnaturschutzverbandes zu den veröffentlichten Zahlen des Statistischen Landesamtes, die im Land einen Rückgang der energiebedingten CO₂-Emission konstatieren. Wer die Bilanz näher lese, merke sehr schnell, wo das Land seine „klimapolitischen Hausaufgaben“ bislang nicht gemacht habe.

Schleusenverlängerung muss Lebensraum Fluss aufwerten!

Neckarschleusen werden zu einem Prüfstein für Nachhaltigkeitspolitik der Landesregierung.



vom 11.06.2007

„Mit der Verlängerung der Schleusen im Neckar müssen auch die ökologischen Verbesserungen nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt werden“, fordern die Vorsitzenden der Naturschutzverbände BUND, LFV, LNV und NABU anlässlich des ersten Plattformtreffens „Unser Neckar“ im Landratsamt Esslingen.

Harsche Kritik des LNV an geplanter Skihalle in Todtmoos:

Energie fressendes und Landschaft zerstörendes Wahnsinnsprojekt

vom 04.06.2007

Als klimapolitischen GAU (= Größter Anzunehmender Unfug) bezeichnet der Landesnaturschutzverband die Absicht der Gemeinde Todtmoos, am „Hochkopf“ eine Skiröhre zu bauen. Das Vorhaben sei weder aus ökologischer noch aus landschaftlicher und nicht einmal aus wirtschaftlicher Sicht vertretbar. Für den LNV-Vorsitzenden Reiner Ehret zeigt der jüngste Gemeinderatsbeschluss, dass manche Kommunen immer noch nicht in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden: „Die Klimadiskussion rund um den Heiligendamm-Gipfel scheint noch nicht bis zu den Höhen des Schwarzwalds vorgedrungen zu sein.“

LNV kritisiert Straßenheizung mittels Erdwärme

Klimapolitische Geisterfahrer in der Schwarzwaldgemeinde Neuweiler?

vom 22.05.2007

Während man überall davon spricht, Energie einzusparen und effizienter einzusetzen, überlegt sich die Schwarzwaldgemeinde Neuweiler, wie man den Energieverbrauch noch ausweiten kann: Im Rahmen der Installation eines Nahwärmenetzes für ein Neubaugebiet soll auch dessen Straße im Winter beheizt und im Sommer gekühlt werden. Neuweiler scheint nach dem Prinzip zu handeln: Alle reden vom Klima - wir helfen bei der Zerstörung!

LNV zum Klimawandel:

Landesregierung soll endlich „Klotzen statt Kleckern“

vom 20.04.2007

Nach Ansicht des Landesnaturschutzverbandes verdeutlichen die Meldungen der letzten Tage und Wochen immer mehr die enormen Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf unser Öko- wie auch Wirtschaftssystem. Der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret hält sofortige tief greifende Maßnahmen für notwendig, andernfalls würden beide Systeme gleichermaßen ins Trudeln geraten.

5.5 LNV-Infos. Tipps und Positionen

LNV-Information zum Feinstaub

Mit Unterstützung von Herrn Ulrich Hofmann, LNV-Referent für Immissionsschutz, hat der LNV ein neues Faltblatt zum Thema „Feinstaub“ erstellt:

Was ist eigentlich Feinstaub?

Wie und wo entsteht Feinstaub?

Wie wird Feinstaub gemessen?

Welche Schäden verursacht Feinstaub?

Wer ist betroffen von hoher Feinstaubbelastung?

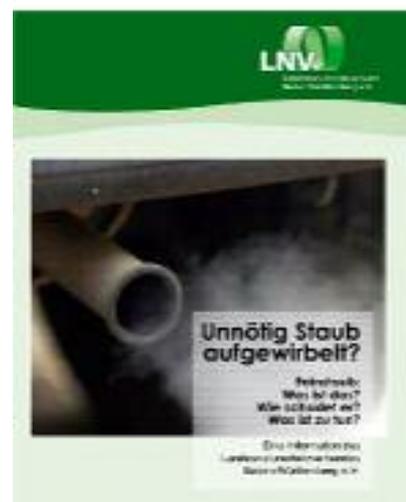
Welche Gesetze regeln die Feinstaubbelastung?

Was kann der Einzelne tun?

Was müssten Verwaltung und Politik unternehmen?

Auf all diese Fragen kurze, aber präzise Antworten

<http://www.lnv-bw.de/info/feinstaub.pdf>



6 Wettbewerbe, Aktionen

6.1 DUH-Umwelt-Medienpreis

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) vergibt zum zwölften Mal ihren Umweltpreis für journalistische und schriftstellerische Leistungen im Themenfeld „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“. Der Preis wird an Journalisten, Filmer, Redakteure, Umweltgruppen, Autoren und Verleger in den Kategorien Printmedien (Zeitung, Zeitschrift, Buch), Hörfunk, Fernsehen und Neue Medien verliehen, die in beispielhafter Weise

- das Bewusstsein für Umweltgefahren schärfen,
- umweltbezogene Fragestellungen lösungsorientiert darstellen,
- Umwelt- und Naturthemen publikumsgerecht vermitteln und Handlungsanreize für den Umwelt-, Natur- und Artenschutz schaffen,
- Pionierleistungen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes bekannt machen und zur Nachahmung anregen.

Eigenbewerbungen sind nicht zulässig, Vorschläge sollen die auszuzeichnende Person oder Organisation und ihre Leistung entsprechend den genannten Kriterien in knapper Form würdigen. Alle Nominierungen, die bis zum 31. August 2007 bei der DUH-Bundesgeschäftsstelle formlos eingegangen sind, werden berücksichtigt.

Ansprechpartner und weitere Informationen: Deutsche Umwelthilfe e.V., Erika Blank, Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 5, 78315 Radolfzell T 07732.99 95-90, F 07732.99 95-77, blank@duh.de, www.duh.de

6.2 Unterschriftensammlung gegen 2. Startbahn

Die Machbarkeitsstudie des Flughafens Stuttgart zur 2. Startbahn ist für den Sommer/Frühherbst angekündigt. Ministerpräsident Oettinger will die Flughafenthematik bis Ende des Jahres vom Tisch haben, d.h. er will noch in diesem Jahr den Landtag eine Entscheidung „Ja oder Nein zur 2. Startbahn“ fällen lassen. Für die Schutzgemeinschaft Filder e.V. und viele Initiativen und Vereine, die sich im Aktionsbündnis am 31. Januar 2007 trafen, ist eines sicher: Eine 2. Startbahn wäre für die Bevölkerung rund um den Flughafen und in den Einflugschneisen eine Katastrophe. Um den

Widerstand in der Bevölkerung zu demonstrieren wurde eine Unterschriftenaktion gegen die Flughafenpläne beschlossen, die mindestens bis Herbst laufen soll. Den Text der Unterschriftenliste können Sie downloaden und ausdrucken. Helfen Sie mit, die Liste zu verteilen und Unterschriften zu sammeln! Text der Unterschriftenliste:

<http://www.schutzgemeinschaft-filder.de/wp-content/uploads/2007/05/fragebogenindd.pdf>

Plakat, um auf die Unterschriftensammlung aufmerksam zu machen:

http://www.schutzgemeinschaft-filder.de/wp-content/uploads/2007/05/flughafen_plakat_vector.pdf



6.3 Netzwerkaufbau „Fließgewässer im urbanen Raum“ gestartet

Immer mehr Städte, Gemeinden und Bürger entdecken ihre Gewässer neu – als Naturraum im städtischen Umfeld, als Ort der Erholung und Ästhetik, als gestaltendes Element in der urbanen Bebauung, als Treffpunkt für kulturelle Aktivitäten und nicht zuletzt auch als Möglichkeit der Umweltbildung für Kinder und Jugendliche. Diese Aktivitäten sind in Anbetracht des oftmals sehr schlechten Zustands unserer Gewässer im städtischen Bereich sehr zu begrüßen. Die Ziele, mit denen sich Menschen in immer stärkerem Umfang ihren Gewässern wieder zuwenden, sind vielfältig, aber die zu klärenden Fragen wiederholen sich.

Darum wird jetzt bei der Kommunalen Umwelt-Aktion U.A.N. mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ein Netzwerk „Fließgewässer im urbanen Raum“ konzipiert und aufgebaut. Begleitet wird der Aufbau des Netzwerks durch eine Gruppe ehrenamtlich wirkender Experten und Vertretern aus der kommunalen Praxis und Wissenschaft. Kooperationspartner in diesem DBU-Projekt ist die Stadt Osnabrück, die mit ihrer ersten Netzwerktagung im Oktober 2006 den Anstoß zu diesem Projekt gab.

Das Netzwerk will Projekten und Initiativen vor Ort praktische Hilfestellungen bei der Umsetzung von Revitalisierungsprojekten von Fließgewässern im urbanen Raum geben. Es möchte Wege der Umsetzung aufzeigen, bestehende Erfahrungen für Interessierte nutzbar machen und ein Netzwerk mit engen Querverbindungen zu Fachverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und anderen Kooperationspartnern knüpfen. Insgesamt soll damit ein entscheidender Beitrag geleistet werden, die Erkenntnisse und Aktivitäten bei der Revitalisierung von Fließgewässern im urbanen Raum voranzubringen und somit deren Qualität entscheidend zu verbessern.

Wenn Sie passende Projekte kennen oder selbst durchgeführt haben, können diese an Frau Dr.-Ing. Katrin Flasche (Tel. 0511/30285-58, flasche@nsgb.de) oder Frau Dipl.-Ing. Britta Apelt (Tel. 0511/30285-70, apelt@nsgb.de) bei der Kommunalen Umwelt-Aktion zur Veröffentlichung mitgeteilt werden.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.uan.de/> --> Projekte.

6.4 Ökologie und Naturschutz bei Wikipedia verbessern

Die freie Enzyklopädie Wikipedia (www.wikipedia.de) hat sich zu einer "ersten Adresse" im Internet entwickelt. Allerdings fällt schnell auf, dass dieses Lexikon in allen ökologischen Aspekten sehr große Lücken und teilweise grobe Fehler aufweist. Viele Einträge beachten die ökologischen Aspekte gar nicht, behandeln sie als "sonstige Zusatzinformationen" oder stellen sie verzerrt dar. Naturschützer und Umweltexperten in den Verbänden sind an dieser Stelle gefordert, sie können hier Katalysatoren und Multiplikatoren sein. Der DNR sucht deswegen nach Ideen für das ideelle Vorhaben "Mehr und bessere Umweltinformationen in die Wikipedia". Natürlich entsprechend den Wikipedia-Regeln: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hilfe:Erste Schritte](http://de.wikipedia.org/wiki/Hilfe:Erste_Schritte).

Rückmeldungen bitte an: Matthias Bauer, Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V., - Redaktionsbüro -Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Fax 030 / 44339180, matthias.bauer@dnr.de, www.dnr.de/publikationen



6.5 "Grünes Licht für das kommunale KlimaschutzPlus-Programm.

Das kommunale KlimaschutzPlus-Programm wird auf Grund der hohen Akzeptanz 2007 neu aufgelegt. Neu im Programm ist die Förderung von Städten und Gemeinden, die am Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystem "European Energy Award" teilnehmen. Insgesamt stehen dafür in diesem Jahr 6,5 Millionen Euro bereit. Der Fördersatz liegt erneut bei 50 Euro pro vermiedener Tonne Kohlendioxid. Der maximale Zuschuss betrage 150.000 Euro für Kommunen.

Im letzten Jahr betrug der Zuschuss noch 11 Millionen Euro und hat Gesamtinvestitionen von mehr als 80 Millionen Euro ausgelöst! Unter anderem sind mehr als 80 Blockheizkraftwerke und 16 Holzpelletanlagen gefördert worden.

Bei der Umsetzung helfen regionale Energieagenturen in den Städten und Gemeinden, deren Netz mit Unterstützung der Kommunalen Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) zusehends dichter wird.

Weitere Informationen und Antragsunterlagen im Internet:

www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de

Informationen und Förderprogramme für Privathaushalte:

www.impulsprogramm-altbau.de ; www.kfw.de

Energieagenturen in Baden-Württemberg

KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH

Griesbachstr. 10, 76185 Karlsruhe
Tel.: 0721 / 98471-0, Fax: -20
E-Mail: reinhard.jank@kea-bw.de ,
Internet: www.kea-bw.de

EBZ Energieberatungszentrum Stuttgart e.V.

Gutenbergstr. 76, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711 / 6156555-0, Fax: -11
E-Mail: info@ebz-stuttgart.de ,
Internet: www.ebz-stuttgart.de

Energieagentur Regio Freiburg GmbH

Gesellschaft zur Förderung von Energiesparsystemen und solaren Energien
Emmy-Noether-Str. 2, 79110 Freiburg
Tel.: 0761 / 791 77-10, Fax: -19
E-Mail: schuele@energieagentur-freiburg.de ,
Internet: www.energieagentur-freiburg.de

KLIBA Klimaschutz- u. Energieberatungsgesellschaft Heidelberg-Nachbargemeinden gGmbH

Umweltpark, Wieblinger Weg 21, 69123 Heidelberg
Tel.: 06221 / 6038-08, Fax: -13
E-Mail: k.kessler@kliba-heidelberg.de ,
Internet: www.kliba-heidelberg.de

Energieagentur Ravensburg gGmbH

Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg
Tel.: 0751 / 354 15 70, Fax: 0751 / 3614-2714
E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de ,
Internet: www.energieagentur-ravensburg.de

Ortenauer Energieagentur GmbH

Wasserstr. 17, 77652 Offenburg
Tel.: 0781 / 924619-11, Fax: -20

E-Mail: zimpfer@ortenauer-energieagentur.de,
Internet: www.ortenauer-energieagentur.de

Energieagentur Landkreis Schwäbisch Hall

im Energie-Zentrum Wolpertshausen
Haller Straße 29/1, 74549 Wolpertshausen
Tel.: 07904 / 94136-40; Fax: -41
E-Mail: info@energie-zentrum.com,
Internet: www.energie-zentrum.com

Energie- und Bauberatungszentrum Pforzheim /Enzkreis gGmbH

Sandweg 22, 75179 Pforzheim
Tel.: 0 700 / 32 90 32 90
E-Mail: info@ebz-pforzheim.de,
Internet: www.ebz-pforzheim.de

Energiekompetenz PLUS e.V. (Ostalbkreis)

Dr. Schneider-Str. 56, 73560 Böbingen
Tel.: 07173 / 18 55 16
E-Mail: info@energiekompetenzplus.de,
Internet: www.energiekompetenzplus.de

Energieagentur Dreiländereck-Hochrhein (Landkreise Lörrach und Waldshut)

Wirtschaftsregion Dreiländereck-Hochrhein GmbH
Marie-Curie-Str. 8, 79539 Lörrach
Tel.: 07621 / 5500-153
E-Mail: andreas.fritz@eadh.de,
Internet: www.eadh.de

Stadt Ludwigsburg, Agendabüro

Wilhelmstr. 9, 71638 Ludwigsburg
Tel.: 07141 / 910-2654, Fax: -2791
E-Mail: t.janke@stadt.ludwigsburg.de,
a.wenninger@stadt.ludwigsburg.de
Internet: www.agenda21.ludwigsburg.de

6.6 Agenda-Aktion des Umweltministeriums

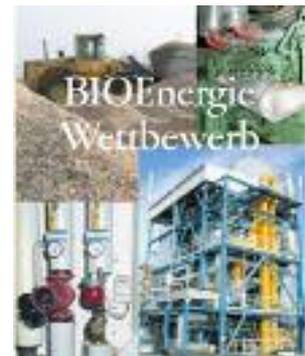
Im Juni begann die Ausschreibung eines Modellprojekts "Kommunen auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen nachhaltigen Kommunalentwicklung" für Lokale-Agenda-Gruppen. Das Land bietet dabei Agenda-Kommunen Unterstützung an, die eine Zukunftsstrategie für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort entwickeln und umsetzen wollen. Das Land finanziert hierbei die Projektbegleitung, es stehen insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung. Das Umweltministerium hat dazu eine Reihe von kommunalen Zukunftsbausteinen zusammengestellt, basierend auf bisher gemachten Erfahrungen aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Lokalen Agenda 21. Ziel des Modellprojekts ist es, die vorgeschlagenen Zukunftsbausteine zu erproben, umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Der Ausschreibungstext und das Antragsformular stehen im Internet des Umweltministeriums unter www.umweltministerium.baden-wuerttemberg.de - "Agenda 21" anklicken und dann Förderprogramm "Zukunftsfähige, nachhaltige Kommunalentwicklung" aufrufen - zum Download zur Verfügung.

Anträge auf Förderung sind bis 14. September 2007 beim Agendabüro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW), Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe einzureichen. Weitere Informationen und das Antragsformular sind unter www.lubw-baden-wuerttemberg.de oder agendabuero@lubw.bwl.de erhältlich.

6.7 Bioenergiewettbewerb des Wirtschaftsministeriums

Beim Bioenergiewettbewerb werden Mittel im Rahmen eines Wettbewerbs ausgeschrieben, um die sich Projektträger mit ihren Vorhaben bewerben können. Alle drei Monate werden die bis zum jeweiligen Stichtag eingegangenen Anträge bewertet und innerhalb eines Monats erfolgt die Auswahl und Entscheidung für eine Förderung. Für Bewertung und Auswahl der Anträge wird ein Beirat mit Vertretern der Verbände – darunter für den LNV unser Energiereferent Dr. Joachim Nitsch - der Verwaltung und der Wissenschaft hinzugezogen. Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme beim Wettbewerb ist der innovative Charakter des Projekts. Gefördert werden Investitionen zur Einführung von innovativen Verfahren oder Anlagen, die gegenüber dem Stand der Technik die Einsatzmöglichkeiten und die effiziente Nutzung von Bioenergieträgern merklich verbessern. Auch innovative Konzepte für die Wertschöpfungskette – von der Biomassegewinnung über die energetische Umwandlung bis zur Energieverteilung bzw. Energienutzung – sind förderfähig. Mitmachen können Unternehmen sowie sonstige natürliche und juristische Personen mit Sitz in Baden-Württemberg, ferner Gemeinden, Kreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände, sonstige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Eigengesellschaften kommunaler Gebietskörperschaften.



Die Antragsfrist für den ersten Wettbewerbsdurchgang endet am 15. August 2007.

Näheres siehe <http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/170005>
http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/fm/1106/Flyer_Bioenergiewettbewerb.pdf

7 Termine und Veranstaltungen

7.1 Akademie-Seminar zur Gemeindefinanzierung

Die Umweltakademie bietet auf Anregung des LNV einen kleinen Fortbildungskurs zu **Fragen der Gemeindefinanzierung** an, der **am 23.07.07 von 17.00 Uhr bis 19.30 Uhr im Akademiehaus Dillmannstraße 3, Stuttgart** stattfindet. Auslöser war, dass eine Ursache des anhaltenden Flächenverbrauchs in der Art der Gemeindefinanzierung zu suchen ist. Anmeldung für Kurzsentschlossene Herrn Fritz-Gerhard Link von der Umweltakademie, Telefon 0711/126-2816, fritz-gerhard.link@um.bwl.de

7.2 SHB-Aktionstag „Heuet am Irrenberg“



Der Schwäbische Heimatbund veranstaltet jeweils am 21. Juli 2007, 19. Juli 2008 und 25. Juli 2009 einen Aktionstag am Irrenberg bei Balingen. Nach gemeinsamem Pflegeeinsatz gibt es Vesper und Musik und u. a. eine botanische und eine Kinderführung.

Eine Anmeldung ist erforderlich, näheres unter www.schwaebischer-heimatbund.de oder 0711-2394247.

8 Sonstiges

8.1 Neues gesellschaftliches Bündnis für Klimaschutz

Im April hat sich die Klima-Allianz der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt. Das neue gesellschaftliche Bündnis von mehr als 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren schlägt ein Maßnahmenbündel vor, mit dem Deutschland sein Ziel erreichen kann, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% zu reduzieren. Hierzu gehören u.a. ein Fördergesetz für Erneuerbare Energien im Wärmebereich und der massive Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung - aber auch ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken.

Ein Bündnis zum Klimawandel in dieser Größenordnung und gesellschaftlichen Breite ist ein Novum in Deutschland. Nicht nur sind die großen Umweltverbände wie BUND, Greenpeace oder WWF, NABU, DUH sowie der Dachverband DNR Teil des Bündnisses. Eine Vielzahl von entwicklungspolitischen Organisationen wie Misereor, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst wie auch entwicklungspolitische Landesnetzwerke haben die Klima-Allianz mitbegründet.

<http://www.die-klima-allianz.de>

<http://www.die-klima-allianz.de/pdf/positionspapier.pdf> [PDF, 8 S., 250 kB]).

8.2 Umstrittene Kampagne "Rettet unsere Erde"

Eine bisher einmalige Kooperation zum Klimaschutz haben kürzlich die Umweltverbände BUND, Greenpeace und WWF gemeinsam mit BILD gestartet. Gemeinsam unter dem Motto "Rettet unsere Erde" will man Politik und Öffentlichkeit über die Tragweite des Klimawandels sowie über die möglichen Lösungen informieren - und vor allem zum Handeln auffordern.

Zum Start der Kampagne werden zunächst deutschlandweit über die BILD-Vertriebsstellen 2,5 Millionen Aufkleber verteilt, die den Slogan der Klimaschutz-Kampagne tragen. Die Kooperationspartner wollen den BILD-Lesern wie den Unterstützern der Umweltorganisationen zeigen, dass jeder Deutsche CO₂ einsparen und damit einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Mit Hilfe einer bundesweiten Mitmach-Aktion in BILD sollen bis zum Jahresende 3,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden, soviel wie der jährliche Ausstoß eines kleinen Braunkohlekraftwerkes. Auch die Kooperationspartner wollen ihren Energieverbrauch weiter reduzieren, um dieses Ziel zu unterstützen.



Bei einer Reihe anderer Verbände und Umweltschützern ist die Kooperation auf z. T. heftige Kritik gestoßen: WWF, BUND und Greenpeace würden damit gemeinsame Sache mit einer ihrer größten Widersacher unter den Medien machen und sich damit in gefährliche Abhängigkeiten begeben.

8.3 Der atomare Umweltclub von EDF und EnBW "Au fil du Rhin"

Mit der Gründung des so genannten Umweltvereins "Au fil du Rhin" (dt.: "Entlang des Rheins") in Fessenheim versuchen die beiden AKW Betreiber EDF und EnBW den Begriff der Nachhaltigkeit für sich zu besetzen und die Umweltbewegung zu spalten und zu kaufen. Auch die Kampagne für den Euroreaktor EPR, der von Siemens und Framatome in Frankreich und bei einem Regierungswechsel auch in Deutschland gebaut werden soll, läuft genau wie "Au fil du Rhin" unter dem Deckmäntelchen der Nachhaltigkeit. Die "Nachhaltige Kernenergie" ist das Motto der neuen Atomkampagne. Mit Lockvogelangeboten und viel Geld sollen regionale Umweltorganisationen in diesen "neuen Umweltverband" gelockt werden, doch BUND und Alsace Nature lehnen die Mitgliedschaft in einer solchen Tarnorganisation der Atomindustrie ab. Im Elsass verteilt die EDF bereits jetzt viel Geld an Gemeinden und Vereine, um Akzeptanz für das AKW Fessenheim zu kaufen. Ähnlich wie in den USA wird die Atomlobby langfristig auch im Elsass und in Baden industriegesteuerte Bürgerinitiativen gründen, wie das teilweise im Bereich der Anti-Windkraft-Bürgerinitiativen schon gelungen ist.

9 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

Fachbroschüre „Überwachungsprogramm – Fließgewässer, Seen, Grundwasser“

Die LUBW stellt den Bericht zu den Überwachungsprogrammen auch im Internet auf der Homepage <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de> zum Download zur Verfügung.

Mit der Gewässerbeurteilungsverordnung vom 30. August 2004 wurden die fachlichen Anforderungen der WRRL an die zukünftige Überwachung in Landesrecht umgesetzt. Zum Nachweis der Erreichung der Umwelt- bzw. Bewirtschaftungsziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind Überwachungsprogramme erforderlich. Dabei soll für jede Flussgebietseinheit ein zusammenhängender und umfassender Überblick über den Zustand der Gewässer gewonnen werden. Gleichzeitig ist auch die im Rahmen der bisherigen Praxis in Baden-Württemberg seit Jahren schon bewährte flächendeckende Überwachung zur Unterstützung des örtlichen wasserwirtschaftlichen Vollzugs sicherzustellen.

Der vorliegende Bericht beschreibt die auf die Zielerfüllung ausgerichtete Überwachung der Gewässer in Baden-Württemberg für die Oberflächengewässer und das Grundwasser.

Die meisten Baden-Württemberger lehnen "Stuttgart 21" ab

<http://vorort.bund.net/bawue/aktuell/presse.php?start=0&id=362>



Der BUND Landesverband Baden-Württemberg hat das renommierte Meinungsforschungsinstitut Emnid mit einer repräsentativen Umfrage beauftragt. Ergebnis: Die meisten der 1001 Befragten lehnen "Stuttgart 21" ab: Rund zwei Drittel der Baden-Württemberger sind gegen „Stuttgart 21“. In keiner Bevölkerungsgruppe findet sich eine Mehrheit für das Prestigeprojekt. Auch

die so genannten Leistungsträger der Gesellschaft, die überdurchschnittlich Gebildeten bzw. hoch Verdienenden, lehnen mit 50 bzw. 55 % das Projekt ab. Nur 37 % bzw. 34 % dieser Bevölkerungsgruppen begrüßen das Projekt.

Sondergutachten "Umweltverwaltungen unter Reformdruck"

http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/sonderg/SG_Umweltverwaltungen_unter_Reformdruck_2007.pdf

„Die Zuständigen in den Behörden sind an den Grenzen der Leistungsfähigkeit“, warnte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). Das Gremium berät die Bundesregierung und fordert im neuen Sondergutachten "Umweltverwaltungen unter Reformdruck" mehr Geld und Personal. Hintergrund: Die Umweltausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind in den letzten Jahren stark gesunken. Der Bund habe 2003, so rechnet der SRU vor, 45 Prozent weniger Geld zur Verfügung gestellt als noch gut zehn Jahre zuvor. Und die Länder hätten die Mittel zwischen 2001 und

1996 um 18 Prozent vermindert. In den Kommunen sehe es auch nicht anders aus. So mache der Anteil der Umwelt- und Naturschutzausgaben nur noch 0,3 Prozent aller staatlichen Ausgaben aus. "Die Folge", sagte der SRU-Vorsitzende Hans Joachim Koch, "ist ein deutlicher Abbau, sogar im Vollzug des Bundesumweltrechts." (taz)

Grundwassertiere – weltweit einmalige Untersuchungen zur Grundwasserfauna erfolgreich abgeschlossen

Erhältlich zum Preis von 15,00 Euro zzgl. Versandkosten über die Verlagsauslieferung der LUBW bei der JVA Mannheim, Herzogenriedstraße 111, 69169 Mannheim per Fax 0621/398-370, per E-Mail (bibliothek@lubw.bwl.de) oder im Internet [unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de) (Service/Informationen – Publikationen) bezogen werden.

Eine Kurzfassung mit 12 Seiten kann als Band 33 kostenlos gegen Versandkostenersatz bezogen werden oder steht im Internet als Download zur Verfügung: www.lubw.baden-wuerttemberg.de (Service/Informationen – Publikationen).

Die Grundwasserfauna Baden-Württembergs ist mit 106 gefundenen Tierarten sehr artenreich. Das Spektrum der gefundenen Tiere reicht von unter einem Millimeter kleinen Ruderfußkrebse, Urringelwürmern, Grundwasserasseln und Schnecken bis zu einigen Millimeter großen Höhlenflohkrebse, Hüpferlingen und Brunnenkrebse.

Nun ist der Fachbericht „Erhebung und Beschreibung der Grundwasserfauna in Baden-Württemberg“ mit einem Umfang von 70 Seiten erschienen.



Neuer Leitfaden „Gehölze an Fließgewässern“

Erschienen als Band 105 in der Reihe "Oberirdische Gewässer, Gewässerökologie" und kann zum Preis von 10,00 € zuzüglich Versandkosten über die Verlagsauslieferung der LUBW bei der JVA Mannheim, Herzogenriedstraße 111, 68169 Mannheim per Fax 0621/398-370, per E-Mail (bibliothek@lubw.bwl.de) oder im Internet unter www.lubw.baden-wuerttemberg.de (Service/Informationen - Publikationen) bezogen werden.

Dieser von der LUBW herausgegebene Leitfaden zeigt auf, welche natürlichen Pflanzengesellschaften an Fließgewässern in Baden-Württemberg erwartet werden können und gibt Hinweise auf Verbreitung, Standortansprüche, Pflegeaufwand und Verwendbarkeit einzelner, besonders wichtiger Gehölze. Neben der Gehölzpflege behandelt der Leitfaden auch aktuelle Probleme wie Neophyten und das Erlernen. Praxisbeispiele am Ende zeigen erfolgreiche Wege der naturnahen Entwicklung Gehölz bestandener Gewässerrandstreifen.

Neue Website für das Biosphärengebiet Schwäbische Alb

www.biosphaerengebiet-alb.de

Interessierte finden auf dieser neuen Seite einen umfassenden Informationspool zum Thema „Biosphärenreservate“ im Allgemeinen und zum zukünftigen Biosphä-

rengebiet Schwäbische Alb, im Besonderen Berichte über den aktuellen Arbeitsstand der Gebietsausweisung:

- die aktuelle Karte des zukünftigen Biosphärengebiets,
- den Entwurf der Rechtsverordnung,
- Erklärungen zu den verschiedenen Zonierungen des Gebiets,
- Hinweise auf interessante Termine,
- viele informative Links, so zu den kommunalen Partnern, Verbänden und Initiativen im zukünftigen Biosphärengebiet,
- „O-Töne“ regionaler Akteure zum Thema zukünftiges Biosphärengebiet...

Fragen zum Biosphärengebiet können direkt per Internet-Formular an das Start-Team Biosphärengebiet übermittelt werden (MLR).

Potentiale an Land und auf See lassen sich besser nutzen

Den Forschungsbericht zur Entwicklung einer Umweltstrategie für die Windenergienutzung an Land und auf See steht im Internet <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3241.pdf>. Eine Kurzfassung mit Ergebnissen und Handlungsempfehlungen ist unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-k/3242.pdf> erhältlich

Der Ausbau der klimafreundlichen Windenergienutzung an Land und auf See kann nur gelingen, wenn sich die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen deutlich



verbessern - dies ergab das Forschungsprojekt "Umweltstrategie zur Windenergienutzung an Land und auf See" im Auftrag des Umweltbundesamtes. Um den umweltverträglichen Ausbau der Windenergienutzung weiter zu beschleunigen, schlägt das UBA u.a. vor, die Zahl der oft verstreut stehenden, alten Anlagen im Zuge des so genannten Repowering zu reduzieren. Mit einer sorgfältigen Auswahl der neuen Standorte können frühere Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Neue Website zu den geplanten Umweltzonen gegen Feinstaub

<http://www.env-it.de/luftdaten/download/public/html/Umweltzonen/index.htm>.

Viele Städte planen im Kampf gegen den Feinstaub und andere gesundheitsschädliche Luftschadstoffe Umweltzonen. In den Umweltzonen dürfen Fahrzeuge, die besonders viel Feinstaub emittieren, nicht mehr fahren. Aber welche Kommunen planen solche Umweltzonen - und wann fällt in meiner Stadt oder Gemeinde der Startschuss? Auf der neuen Website informiert das Umweltbundesamt (UBA) unter Mitarbeit der Länder über aktuell geplante Umweltzonen in Deutschland.

Damit bietet das UBA eine Hilfe für alle, die mit dem Auto in fremden Städten unterwegs sind. Der rechtzeitige Blick in die Karten der Umweltzonen kann so schon bei der Routenplanung schnell Klarheit bringen.

Studie über Stromsparfonds

www.loske.de/cms/default/rubrik/1/1188.umweltpolitik.htm

Die jüngsten Ziele der Bundesregierung sehen vor, den Strombedarf in Deutschland bis 2020 um 11% zu senken und auf diese Weise rund 40 Mio. t CO₂ pro Jahr einzusparen. Die EU-Energiedienstleistungsrichtlinie schreibt eine Energieeinsparung von 9% über den Zeitraum 2008-2017 vor. Trotz dieser Ziele wurden bislang nur wenige Maßnahmen zur Effizienzsteigerung auf den Weg gebracht. Hintergrund ist, dass der Stromverbrauch in Deutschland von 1993 bis 2005 um fast ein Fünftel gestiegen ist. Zahlreiche Studien belegen, dass noch große ungenutzte Effizienzpotenziale bestehen, die zu einem erheblichen Teil sogar kostenneutral erschlossen werden könnten. Vor diesem Hintergrund hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das Kölner Beratungsunternehmen ECOFYS damit beauftragt, ein Gutachten für einen Stromsparfonds auszuarbeiten. Der Fonds soll mit einer Milliarde Euro jährlich v.a. aus Erlösen der Versteigerung von Zertifikaten beim Emissionshandel ausgestattet werden und mindestens fünf Jahre laufen und in privaten Haushalten, Mittelstand und Industrie zusätzliche Anreize für Investitionen in Stromeinsparung anregen. Die Umsetzung dieses Konzepts würde zu einer Stromeinsparung von gut 30 TWh pro Jahr führen und damit Strom von vier bis fünf großen Kohlekraftwerken einsparen.

Empa-Studie zeigt: Solarstrom ist fossilen und Biotreibstoffen ökologisch überlegen

<http://www.sonntagszeitung.ch/dyn/news/wissen/755433.html>

Die noch unveröffentlichte Schweizer Studie kommt zu folgendem Ergebnis: Um unsere Mobilität sicherzustellen und zugleich die Umwelt zu schonen, sind weder Biotreibstoffe noch fossile Energieträger die beste Wahl. Sowohl was den Flächenbedarf für die Energieproduktion anbelangt als auch was den Klimaschutz betrifft ist die Solarenergie (Fotovoltaik) den meisten Biotreibstoffen deutlich überlegen.

In dieser Studie werden zwei verschiedene Antriebstechniken fürs Auto untersucht: zum einen den Verbrennungsmotor, der mit fossilen Treibstoffen oder Biokraftstoffen betrieben wird und zum anderen ein Fahrzeug mit Elektromotor, dessen Batterie mit Strom geladen wird.

Gewählt wurde dafür jeweils ein Mittelklassewagen (Golf), der im Jahr 10 000 Kilometer zurücklegt, nicht länger als 15 Sekunden von 0 auf 100 braucht, eine Geschwindigkeit von mindestens 130 km/h erreicht und der mit einer Tankfüllung oder Batterieladung 150 Kilometer zurücklegen kann.



Methangas aus Gülle, Ethanol aus Schweizer Biomasse (Küchenabfälle) und Biodiesel aus Schweizer Raps zählten zu den untersuchten Biotreibstoffen. In der Vergleichsgruppe waren verschiedene Stromquellen für den Elektroantrieb, darunter Strom von einem in der Schweiz geplanten Gas-Kombikraftwerk und Solarstrom. Als Referenz wurden wie üblich die fossilen Treibstoffe Benzin, Gas und Diesel herangezogen. Noch nicht betrachtet haben die Empa-Forscher ein mit Windstrom oder reinem Atomstrom betriebenes Elektroauto sowie ein mit Wasserstoff laufendes Brennstoffzellen-Fahrzeug.

Die beste Treibhausgas-Bilanz weist Biogas aus Gülle auf. Dieses hat jedoch nur ein kleines Potenzial. Knapp dahinter rangiert Solarstrom, der im Gegensatz zur Gülle einen wirklich substanziellen Beitrag zur Schweizer Energieversorgung liefern könn-

te. Pro Kilometer Fahrstrecke emittieren solarstrombetriebene Fahrzeuge inklusive Baus und Unterhalts der Strassen und Autos rund 60 Gramm CO. Würde die Batterie des Elektroautos mit Strom von einem künftigen Gas-Kombikraftwerk geladen, wäre die CO-Emission fast doppelt so hoch.

Auch wenn Schweizer Bioalkohol getankt wird, entlässt das Fahrzeug pro Kilometer rund die doppelte Menge CO in die Luft. Bei Biodiesel aus Schweizer Rapsanbau ist es sogar rund die dreifache Menge. Biomasse braucht mehr Fläche, ist aber billiger als Solarstrom.

Ebenso frappant ist das zweite Resultat: Damit der Golf 10 000 Kilometer zurücklegen kann, müsste Raps für Biodiesel auf einer Ackerfläche von 2062 m² angepflanzt werden. Solarzellen würden die für 10 000 Kilometer nötige Energie auf einer Fläche von 37 m² ernten - nur rund ein Sechzigstel der Fläche des Rapsfeldes.

Ökobilanz von Bio-Treibstoffen im Verhältnis zu fossilen Brennstoffen

[http://www.news-](http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8514.pdf)

[service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8514.pdf](http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/8514.pdf)

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/print/wissenschaft/658540.html>

BUND-Position "Energetische Nutzung von Biomasse" unter:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/position_biomasse_15032007.pdf

Ferner: <http://www.zmag.de/artikel.php?id=2046>



Biotreibstoffe aus Raps, Roggen, Mais und einigen anderen nachwachsenden Rohstoffen sind umweltschädlicher als Benzin und Diesel. Das ergab eine Studie von Schweizer Forschern um Rainer Zah von der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) in Sankt Gallen. Die Wissenschaftler nahmen alle Umweltbelastungen, die bei der Produktion und beim Verbrauch von Biosprit entstehen, unter die Lupe - vom Düngen der Rohstoffe auf dem Acker, über das

Beliefern der Tankstellen mit Lastkraftwagen bis zum Verbrennen des Sprits im Motor. Anschließend verglichen sie die Ökobilanz der Biotreibstoffe mit derjenigen von Benzin. Die dabei ermittelten Ergebnisse gelten auch für Diesel, weil dessen Ökobilanz der von Benzin sehr ähnelt.

Demnach sind nur Biotreibstoffe aus landwirtschaftlichen Abfällen sowie aus Holz und Gras umweltfreundlicher als Benzin. Alle anderen Biokraftstoffe sind zum Teil erheblich umweltschädlicher als die fossilen Energieträger. Allerdings lässt sich die Ökobilanz von Biotreibstoffen deutlich verbessern, während die von fossilen Brennstoffen nicht beeinflussbar sei. Die Forscher untersuchten alle vier Arten von Biosprit und Biomethanol, die als Benzinersatz dienen sowie Biodiesel und den Erdgasersatz Biomethan.

Der BUND warnt deshalb vor überhöhten Erwartungen an den Anbau von Energiepflanzen gewarnt. Ihr Potential werde oft überschätzt. Da sie im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien problemlos speicherfähig ist, sei sie eine optimale Ergänzung zur Wind- und Sonnenenergie. Weil sie im Unterschied zu diesen jedoch nicht unendlich verfügbar sei, müsse effizienter Einsatz oberstes Gebot sein. Anbau als auch Import von Energiepflanzen sowie deren Verwertungskette müssen klaren ökologischen Kriterien genügen. Nur bei einer positiven Energie- und Ökobilanz ist der Einsatz nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien akzeptabel.

Wenn das nicht der Fall ist, steht zwar Bio drauf, aber dahinter verbergen sich Umweltzerstörung und Nahrungsmittelknappheit."

Broschüre: „Mehr Kraft durch weniger Ressourcenverbrauch“

*Bestellungen per Post: Umweltbundesamt, c/o GVP, Postfach 33 03 61, 53183 Bonn; Bestellungen per Email an: uba@broschuereversand.de.
Eine elektronische Fassung gibt es unter
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3244.pdf> .*

"Nachhaltig wirtschaften - Natürliche Ressourcen und Umwelt schonen" - so lautet der Titel der neuen Ausgabe der Broschürenreihe "Umweltdaten Deutschland", die das Umweltbundesamt, das Statistische Bundesamt und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gemeinsam herausgeben. Die aktuelle Ausgabe setzt inhaltlich neue Akzente, denn erstmals behandelt sie nur ein Leitthema des sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft: die Nutzung natürlicher Ressourcen - etwa mineralische Rohstoffe, Energieträger, Wasser und Flächen. Die Broschüre bietet mit rund 80 Beiträgen eine datengestützte Rückschau über die Bereitstellung und Nutzung natürlicher Ressourcen, die nötig sind, um den täglichen Bedarf in Deutschland zu decken. Kennzahlen und Trends zeigen, an welcher Stelle der Bereitstellungs-, Produktions- und Konsummuster sich Effizienzgewinne abzeichnen. Ebenso machen die Kennzahlen und Trends deutlich, wo sich die Ressourceneffizienz besonders steigern lässt.

Die Broschüre liefert für Deutschland damit wichtige Anhaltspunkte zur Entkopplung der Umweltbeanspruchung von den wirtschaftlichen Entwicklungen sowie zu Schnittstellen, an denen es möglich ist, die Umweltbelastungen zu senken.

EU-Studie zeigt: Europas Säugetiere sind bedroht

EMA-Studie der IUCN (PDF) :

http://ec.europa.eu/environment/nature/conservation/species/ema/docs/ema_publication.pdf

Fotostrecke: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/0,5538,21815,00.html>

Bei fast einem Drittel aller Säugetierarten in Europa geht der Bestand zurück, fast jede sechste ist gar vom Aussterben bedroht. Das teilte die EU-Kommission in Brüssel mit. Im Rahmen des European Mammal Assessment (EMA, Europäische Säugetier-Untersuchung) haben Zoologen die biologische Vielfalt in den Mitgliedsstaaten und ihren Meeren untersucht.

Die neue Erhebung beweist, dass die Bestände vieler europäischer Säugetiere mit alarmierender Geschwindigkeit zurückgehen. Die EU-Kommission hatte den Verband mit der Studie beauftragt. Er gibt auch jährlich die Rote Liste bedrohter Arten heraus. An dem 60-seitigen EMA-Bericht waren rund 140 Wissenschaftler beteiligt. Die fünf EU-Länder mit der größten Artenvielfalt bei Säugetieren sind Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland und Griechenland. Zu den am stärksten bedrohten Arten gehören der Iberische Luchs, die Saiga-Antilope, die Mittelmeer-Mönchsrobbe, der nordatlantische Glattwal und der Blauwal.



BUND und Stocker Verlag präsentieren neues Luchs-Buch von Roland Kalb

*Roland Kalb: Bär, Luchs, Wolf - Verfolgt - Ausgerottet – Zurückgekehrt
376 Seiten, mit ca. 250 Abb. u. Grafiken, Gebunden
Stocker Leopold Verlag | ISBN: 3702011463*

Nicht nur die Wildkatze, auch der Luchs ist dabei, sich in Baden-Württemberg wieder anzusiedeln. Das bestätigt das neue Buch "Bär, Luchs, Wolf. Verfolgt, ausgerottet, zurückgekehrt" von Roland Kalb, das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg vorgestellt hat.

In seinem Buch informiert Roland Kalb auf 376 Seiten über die Geschichte und Lebensweisen der drei Raubtiere. Er untersucht ihre Bestandsentwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie die Aussichten ihrer Verbreitung. Kalb zeigt dabei auch die Bestandsentwicklung und Konflikte mit Landwirtschaft, Tourismus und Jagd auf sowie die wesentlichen Handlungsfelder für die Politik.



Roland Kalb hat seine Freizeit in den Dienst des Naturschutzes gestellt. Er war Vorsitzender des BUND-Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg und hat zahlreiche Bücher, Fachartikel und Vorträge über Luchse, Greifvögel, den Nationalpark Bayerischer Wald, das gefährdete Ökosystem der Alpen u. a. veröffentlicht.

Neue NABU-Luchsbroschüre

Die 32-seitige Broschüre "Der Luchs - zurück in Baden-Württemberg" kann kostenlos bestellt werden beim NABU Baden-Württemberg, Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart, Tel: 0711/966 72-12, Service@NABU-BW.de . Weitere Informationen zum Luchs in Baden-Württemberg unter www.ag-luchs.de .

"Der Luchs - zurück in Baden-Württemberg" - das ist der Titel einer neuen NABU-Broschüre, welche die Situation in den Luchsregionen Deutschlands, der Schweiz und Frankreichs sowie die neuesten Entwicklungen in Baden-Württemberg nachzeichnet. Aktuelle Forschungsarbeiten werden vorgestellt. Weiterhin beleuchtet die Broschüre die Rolle des Luchses als attraktiver Werbeträger für einen umweltfreundlichen Tourismus. Der NABU spricht damit vor allem die Tourismusgemeinden der Naturparke Baden-Württembergs an. Schließlich bietet der NABU in der Publikation allen Verbänden aus der AG Luchs des Landes Baden-Württemberg die Möglichkeit, ihre Position darzulegen. *Rückfragen an: Michael Hug (NABU-Wild-Experte) Telefon: 07223/9486-12, mobil: 0151/14305983*

UNEP-Report: Schmelzendes Eis bedroht die Menschheit

<http://www.unep.org/Documents/Multilingual/Default.asp?DocumentID=512&ArticleID=5599&l=en>

Hunderte Millionen Menschen weltweit werden von den Folgen der abschmelzenden Polkappen und Gletscher betroffen sein. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht des UNO-Umweltprogramms UNEP. Zwei der unmittelbarsten Auswirkungen werden der Anstieg des Meeresspiegels und die Veränderung im Wasserhaushalt der Erde sein, warnt der Report. Der "Schnee- und Eis-Report" macht deutlich, dass sich alle

Schnee- und Eisregionen der Welt auf Veränderungen einstellen müssen. Jedes Ministerium, jede Versammlung und jedes Wohnzimmer der Welt werde davon betroffen sein. Der Bericht soll die Öffentlichkeit wachrütteln, damit auf die Politiker Druck ausgeübt werden kann, etwas zu unternehmen. Immer noch wären zu viele davon überzeugt, dass die Klimaveränderung nur weit weg liegende Regionen betreffen werde.

Der Report betrachtet die Gefährdung der Ökosysteme auf der ganzen Welt und kommt zum Schluss, dass die schmelzenden Gletscher Asiens geschätzte 40 Prozent der Weltbevölkerung direkt betreffen werden. Die Gletscher dienen als Trinkwasserreservoir und zur Bewässerung der Landwirtschaft. Zudem wird die Erderwärmung in Sibirien dazu führen, dass der Permafrostboden auftaut und große Mengen des Treibhausgases Methan in die Atmosphäre bringt. Das Schicksal der großen Eisflächen Grönlands und der Antarktis, dem größten Süßwasserreservoir der Erde, müsse erst genauer untersucht werden, um besser verstanden zu werden.



Ohne wirksamen Klimaschutz sind mindestens 145 Mio. Menschen - der Großteil davon in Asien - an Küsten und in küstennahen Regionen von Überflutungen bedroht. Die Studienautoren gehen auch davon aus, dass weniger Schnee und Eis dazu führen wird, dass die Sonnenenergie vom Land und von den Ozeanen besser absorbiert, statt reflektiert wird. Dieses "Feedback" würde die Erwärmung zusätzlich nur anheizen und zu abrupten Verschiebungen führen.

Wirksamer Klimaschutz kostet weniger als UN-Fachleute bisher annahmen

Die neue Studie "Klimaschutz in Deutschland: 40%-Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990" finden sie unter <http://www.umweltbundesamt.de/energie>

Das Umweltbundesamt (UBA) geht davon aus, dass wirksamer Klimaschutz in Deutschland weniger kostet als bisher im UN-Bericht geschätzt. Voraussetzung ist, dass nun schnell, auf allen Ebenen und in allen Bereichen entschlossen gehandelt wird, um die globale Temperaturerhöhung bis Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, das heißt den Treibhausgasausstoß schnell und drastisch zu reduzieren. Das UBA rechnet sogar damit, dass mit dem konsequenten Ausbau effizienter Energietechnik und erneuerbarer Energien die Kosten noch deutlich geringer sein werden, als vom zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimafragen der UN (IPCC) global angenommen.

Das UBA entwickelte ein "40 Prozent-Szenario", mit dem sich 40 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 senken ließen, so dass der deutsche Beitrag zum Zwei-Grad-Ziel mit Kosten in Höhe von 0,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts gewährleistet wäre. Um dieses Ziel global zu erreichen, berechnet IPCC jedoch die Kosten um ein bis zwei Prozent des Weltsozialproduktes.

Zudem kommt das UBA-Szenario ohne die Nutzung der Kernenergie aus. Im Gegensatz dazu enthält der UN-Bericht eine Erhöhung des Anteils der Kernenergie von 16 auf 18 Prozent. Das entspräche laut UBA einer Steigerung der Zahl der Kernreaktoren in der Welt um etwa 60 Prozent.

In Deutschland könnte die verstärkte Nutzung des Erdgases statt der Kohle ("fuel switch") übergangsweise helfen, die Kohlendioxid-Emissionen erheblich zu vermindern. Zusätzlich gilt es, im Gebäudebereich die Wärmedämmung in großem Umfang zu verbessern und effizientere Kühlsysteme einzuführen.

Bio-Treibstoffe machen Lebensmittel teurer

<http://esa.un.org/un-energy/pdf/susdev.Biofuels.FAO.pdf>

ferner weitere Quellen zur Thematik:

<F:\A-PUBLIK\rundschreiben\Mat in Bearbeitung\BiospritethikTAZ.html>

<http://www.taz.de/pt/2007/02/01/a0183.1/text>

http://www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/bio_sprit_kein_ruh_ekissen_f_rs_umweltgewissen/

http://www.wwf.de/presse/details/news/auch_bio_benzin_braucht_qualitaet/89/cHash/dbc824d0e6/

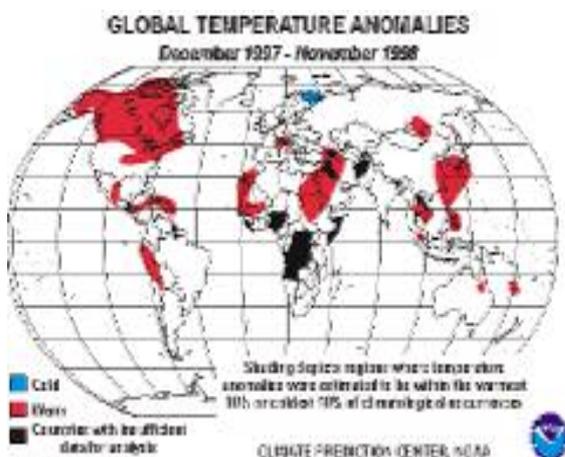
Ein Bericht UN-Energy warnt vor einer Verteuerung der Lebensmittel, wenn die Nachfrage nach biogenen Treibstoffen weiter ansteigt. Im Bericht "Sustainable Energy: A Framework for Decision Makers" wird auch darauf verwiesen, dass der Preis für Mais wegen der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen innerhalb eines Jahres deutlich angestiegen ist. Der Bericht ruft zu einer nachhaltigen Herstellung von Biotreibstoffen auf. Das gelte in erster Linie für jene Staaten, in denen Nahrungsmittel ohnehin knapp sind.

Der UN-Energy-Bericht stellt den Bioenergiequellen aber nicht allgemein ein negatives Zeugnis aus. Biogene Fahrzeug-Kraftstoffe sieht er allerdings kritischer.

Neue Ergebnisse zu regionalen Klimaänderungen in Deutschland

Mehr Informationen unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/Regionale-Klimaaenderungen.pdf>.

Die vollständige Studie "Neuentwicklung von regional hoch aufgelösten Wetterlagen für Deutschland und Bereitstellung regionaler Klimaszenarien mit dem Regionalisierungsmodell WETTREG 2005 auf der Basis von globalen Klimasimulationen mit ECHAM5/MPI - OM T63L31 2010 bis 2100 für die SRES - Szenarien B1, A1B und A2" ist unter www.umweltbundesamt.de/klimaschutz erhältlich.



Bis zum Ende dieses Jahrhunderts könnte es in Deutschland wegen des Klimawandels insgesamt merklich wärmer werden. Dies zeigen erste Ergebnisse eines Klimamodells zur regionalen Klimamodellierung im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA): Bis zum Ende des Jahrhunderts ergeben die Modellrechnungen - gegenüber den Jahren 1961 bis 1990 - einen Anstieg der Temperaturen zwischen 1,8 und 2,3 Grad Celsius. Die stärkste Erwärmung könnte es im Norden Deutschlands (außerhalb des

Küstenbereichs) sowie in den Voralpen geben. Bei den Niederschlägen ergibt sich ein weniger einheitliches Bild. Die regionalen Unterschiede dürften hier groß sein: Beispielsweise errechneten die Forscherinnen und Forscher für das ohnehin schon trockene norddeutsche Tiefland bis zu 50 Prozent weniger Niederschläge. In den Gebirgsregionen dürften dagegen vor allem im Winter die Niederschläge im Mittel zunehmen.

Mit den nun vorliegenden Klimaprojektionen des Modells WETTREG (Wetterlagenbasierte Regionalisierungsmethode) lässt sich besser einschätzen, wie sich der Klimawandel in Deutschland regional auswirken kann und welche Regionen besonders betroffen sein könnten.

Das UBA hält es auf der Grundlage der neuen Erkenntnisse für dringend erforderlich, eine bundesweite und fachlich fundierte Diskussion - quer über alle wirtschaftlichen Sektoren hinweg - zu den Auswirkungen des Klimawandels und den Anpassungsmöglichkeiten zu führen.

Klimawandel verschärft Wildschwein-Problematik

Die Broschüre kann ab sofort für 2,50 Euro (zzgl. Versandkosten) beim NABU bestellt werden: NABU Baden-Württemberg, Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart, Tel: 0711/966 72-12, E-Mail: Service@NABU-BW.de.

Begünstigt durch den Klimawandel und von Jägern ausgebrachtes Krafffutter vermehren sich die Wildschweine rasant - und mit ihnen die Probleme. Die neue 32-seitige NABU-Broschüre "Wildschweine in Baden-Württemberg" greift diese Problematik auf.

Wildschweinrotten richten in Baden-Württemberg Schäden in Millionenhöhe an. Sie verwüsten Hausgärten und Maisäcker, verursachen Autounfälle und zerstören geschützte Biotope. Die Ursachen dafür sind komplex - so begünstigt der Klimawandel beispielsweise die Wildschwein-Vermehrung: In milden Wintern überleben auch schwache Tiere, die dann im Frühjahr Nachwuchs bekommen. Auf Sturmwurfflächen finden Wildschweine ausgezeichneten Unterschlupf und sind dort schwer zu bejagen. Bei Schneemangel sind die Spuren weniger deutlich zu sehen, so dass eine gezielte Bejagung unmöglich ist. Diese Folgen des Klimawandels lassen sich nicht von heute auf morgen ändern. Die NABU-Broschüre informiert ausführlich über die Situation der Wildschweine im Südwesten. Ursachen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten sind ebenso Thema wie praktische Tipps für Spaziergänger, Gartenbesitzer und Autofahrer.



REACH einfach erklärt - neuer "Online-Lehrgang" zur Europäischen Chemikalienpolitik

Mehr unter <http://www.reach-info.de>.

Was ist REACH und was geht mich das an? Diese und andere Fragen lassen sich ab sofort mit einem neuen Online-Lehrgang erlernen. Mit einem "E-Learning Tool" können Unternehmen vor allem ihre eigene Rolle unter REACH erkennen und die sich daraus ergebenden Pflichten ableiten. Damit will das UBA vor allem kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher nicht viel mit Chemikaliengesetzgebung zu tun

hatten, ein Werkzeug an die Hand geben, mit dem sie sich schnell und unentgeltlich über REACH informieren können.

Buchveröffentlichung zum Tempolimit in Deutschland

<http://www.rasen-im-treibhaus.de/>

In seinem Buch „Rasen im Treibhaus“ zeigt Dr. Wolfgang Zängl auf, wie alle deutsche Bundesregierungen, unabhängig ihrer politischen Zusammensetzung, mit immer gleichen und teilweise irreführenden Behauptungen ein Tempolimit in Deutschland bis heute verhindert haben. Auch die derzeitige Große Koalition, so Zängl, führe Scheinargumente gegen eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen ins Feld: „Es gäbe auf 98 Prozent der deutschen Straßen bereits Geschwindigkeitsbeschränkungen“. Richtig ist, dass auf über der Hälfte aller Autobahnkilometer dauerhaft ohne Beschränkung gerast werden darf.



Dabei könnten mindestens 40 Millionen Tonnen CO₂ bis 2020 eingespart werden, wenn ein Tempolimit von 120 km/h sofort eingeführt würde. Buchautor Zängl kritisiert, dass sich die Bundesregierung mit ihrem Eintreten für mehr Klimaschutz in Europa völlig unglaubwürdig mache, solange Deutschland als einziges Industrieland weltweit ein Tempolimit verweigere.

Probleme beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

http://www.bvl.bund.de/cln_007/nn_492432/DE/04_Pflanzenschutzmittel/05_KontrolleUeberwachung/01_PSM_Kontrollprg/pskp_jahresbericht2005,templated=raw,property=publicationFile.pdf/pskp_jahresbericht2005.pdf

Mit einer Rahmenrichtlinie zum nachhaltigen Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln, die sich zurzeit in der Abstimmung befindet, schafft die Europäische Kommission einen Aktionsrahmen zur Verringerung der Risiken von Pflanzenschutzmitteln für Umwelt und Gesundheit. Erstmals liegen detaillierte Ergebnisse der seit 2005 bundesweit durchgeführten Kontrollen zum Umgang mit Pflanzenschutzmitteln vor: Diese veröffentlichte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Anfang des Jahres. Elf Prozent der Kontrollen im Jahr 2005 in Ackerbaukulturen wie Getreide, Mais, Zuckerrübe, Kartoffeln, bescheinigten für die Ausbringung der Pflanzenschutzmittel eine Nicht-Einhaltung des erforderlichen Mindestabstandes zu Gewässern.

Hinweise aus Forschungsergebnissen des UBA stützen die Ergebnisse der Länderkontrollen und belegen, dass die Quote der Fehlanwendungen bedeutend ist. Auch Presseinformationen der letzten Monate seitens Greenpeace und des Pestizid-Aktions-Netzwerks benennen Defizite. In zahlreichen Proben landwirtschaftlicher Erzeugnisse fanden sich Pflanzenschutzmittel, die nicht zugelassen sind. Bundesweite Untersuchungen der Wasserqualität etwa bei Flüssen, Seen oder dem Grundwasser sind ebenfalls Belege, dass es Probleme beim Umgang mit Pflanzenschutzmitteln gibt. Die Ergebnisse aus Deutschland verdeutlichen, dass die Nichteinhaltung der Anwendungsbestimmungen in der landwirtschaftlichen Praxis kein Einzelfall ist. Das unterstreicht den Handlungsbedarf.

Nach Angaben des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamts Stuttgart sind auch 95 Prozent der in Baden-Württemberg produzierten Äpfel mit Pestizid-Rückständen belastet (Stand 2005).

Der NABU sieht mehrere Ansätze, wie das Land seiner Verantwortung gerecht werden könnte. So müsse beispielsweise die Pestizidreduktion in den Förderprogrammen des Landes fest als Ziel verankert sein. "Über die baden-württembergischen Förderprogramme wie MEKA oder die zur ökologischen Landwirtschaft hat die Landesregierung direkte Gestaltungsmöglichkeiten. Erfolg versprechend seien insbesondere Lösungen, die das Land gemeinsam mit dem Bauernverband entwickelt.

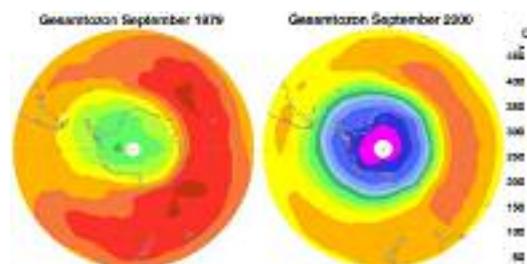
Aktuelle Ozonwerte und deutschlandweite Vorhersagen im Internet

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm>.

Das Umweltbundesamt (UBA) informiert im Internet umfassend über das Thema Ozon. Wie hoch sind die Ozonkonzentrationen in meiner Umgebung? Welche Belastung ist zu erwarten? Das UBA veröffentlicht stündlich aktualisierte Ozonwerte und Ozonvorhersagen für Deutschland - auch an den Wochenenden, übersichtlich und in Kartenform. Jeden Tag ab 10:00 Uhr können Bürgerinnen und Bürger deutschlandweite Ozonvorhersagen für den laufenden Tag und die beiden folgenden Tage im Internet abrufen. Die Vorhersagen sind in einer Deutschlandkarte, sowie für zwölf Regionen in Deutschland differenziert, farblich dargestellt. Diese Daten können auch als E-Mail-Service abonniert werden.

Auch die aktuellen Ozon-Messwerte aller Messstellen in Deutschland gibt es jeden Tag ab 13:15 Uhr im Netz. Sie werden stündlich aktualisiert und in Karten- und Tabellenform präsentiert.

Zudem können die Ozon-Messwerte der letzten 40 Tage, die den Verlauf der Ozonbelastung in Deutschland zeigen, aufgerufen werden.



Warnung vor Allergie auslösender Ambrosie aus Nordamerika

Weitere Infos und Fotos zum Runterladen unter www.nabu-bw.de

Die Ambrosia sieht unauffällig aus, ist aber unter Umständen sehr gefährlich. Die aus Nordamerika eingeschleppte Pflanze gilt als stark Allergie auslösend. Wohl fühlt sich die 15 - 180 Zentimeter große Ambrosia an unseren Weg- und Straßenrändern, in unseren Gärten und sogar in Stuttgarts Balkonkästen. Nun droht die Ambrosia sich im Ländle ähnlich breit zu machen, wie bereits an manchen Stellen in Bayern. Dort bevölkert sie beispielsweise am Straßenrand der A8 bereits eine Wegstrecke von 75 Kilometern.

Auch bei uns könnte sie zum Albtraum für Allergiker werden. Ab August fliegen ihre aggressiven Pollen, die Asthma auslösen können. In Australien wird Ambrosia deshalb auch "Asthma plant" genannt. Sie lässt sich nicht von Bienen, sondern vom Wind bestäuben. Ihre Pollen fliegen Hunderte von Kilometern weit. Atmen Menschen zu viele Pollen ein, lagern sie sich in den oberen Atemwegen ab. Der Körper produziert dagegen Antikörper und ist damit allergisch gegen Ambrosia.

Bereits vor über 100 Jahren ist Ambrosia mit Kartoffel- und Getreidelieferungen aus

Amerika zu uns gekommen. Doch bislang waren unsere Sommer zu kurz und zu kalt für sie, um Fuß zu fassen. Mit der Klimaerwärmung hat sich das grundlegend geändert. Inzwischen hat es sich der uneingeladene Gast aus Nordamerika in vielen Regionen Baden-Württembergs, etwa rund um Mannheim und Karlsruhe, gemütlich gemacht.



Der NABU hat festgestellt, dass Ambrosiasamen auch in Vogelfutter enthalten sein können. Nicht nur Vogelfreunden, sondern allen Garten- und Balkonbesitzern rät der NABU, zu prüfen, ob bei ihnen die gefährliche Pflanze wächst. Falls ja, sollte sie möglichst noch vor der Blüte mit der Wurzel ausgerissen und im Hausmüll entsorgt werden. Tragen die Pflanzen bereits Blüten oder Samen darf die ausgerissene Ambrosia nicht in den Kompost geworfen, sondern sollte in Tüten gepackt und in den Hausmüll geworfen oder ordnungsgemäß verbrannt werden.

Abbruchplanung - eine Handlungshilfe für Bauherren

Die Handlungshilfe kann bei der Verlagsauslieferung der LUBW, der JVA Mannheim - Druckerei, Herzogenriedstr. 111, 68169 Mannheim, Telefax: 0621-398.370 zum Preis von 10,00 € zuzüglich Versandkosten bestellt oder über die Homepage der LUBW <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de> kostenlos heruntergeladen werden.

Die LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg informiert mit dieser neu erschienenen Broschüre über die Planung von Gebäudeabbrüchen mit vermuteten oder tatsächlich vorhandenen Schadstoffbelastungen der Bausubstanz. Damit knüpft sie an eine bereits bestehende Handlungshilfe der ehemaligen LfU aus dem Jahr 2001 "Abbruch von Wohn- und Verwaltungsgebäuden" an.

Mit dieser Schrift werden Bauherren über ihre Pflichten als Auftraggeber, über Risiken bei unsachgemäßem Abbruch und über mögliche Abwehrmaßnahmen informiert. Damit sollen frühzeitig Fehler und Versäumnisse vermieden werden, deren Bereinigung nicht nur den Bauherren Kosten verursachen, sondern auch die Abbruchmaßnahme in Verzug bringen können. Die Handlungshilfe plädiert bei Abbrüchen - genauso wie bei Neubauten - für eine sachkundige Planung und Überwachung. Ferner will sie Kostenrisiken und Investitionshemmnisse beim Flächenrecycling reduzieren und damit zu einem sparsamen Umgang mit der Ressource Boden beitragen. Sie wendet sich in erster Linie an Bauherren oder Investoren, dürfte aber auch für Planer, Gutachter, ausführende Baufirmen und Behörden interessant sein.

UBA-„Energiesparkiste“ kostenlos für Schulen

Schulen könne die "Energiesparkiste" kostenlos leihen. Sie ist ausschließlich über das Internet zu bestellen: www.no-e.de. Dort gibt es auch weitere Informationen zum Projekt "Energiesparkiste".

Jedes Jahr verschwenden die Privathaushalte und Büros in Deutschland durch Leerlaufverluste etwa soviel Strom, wie die Städte Berlin und Hamburg verbrauchen. Die Themen Energiesparen und Begrenzung der Leerlaufverluste elektrischer Geräte

sollten deshalb einen festen Platz im Schulunterricht haben. Daher entwickelte das Umweltbundesamt gemeinsam mit der Aktion No-Energy eine Unterrichtseinheit ("Energiesparkiste") zum Erkennen und Abschalten von Leerlaufverlusten. Sie eignet sich für den Einsatz vor allem in der Unter- und Mittelstufe. Mit Strommessgeräten (Energiekostenmonitore), einer Halogenleuchte mit separatem Netzteil sowie einer Steckerleiste mit kabelgeführtem Ein-/Ausschalter können Schülerinnen und Schüler Leerlaufverlusten im Experiment nachspüren.

neue NABU-Faltblattserie zu Erneuerbaren Energien

Flyer Biomasse (PDF, 553 KB)

<http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/15.pdf>

Flyer Geothermie (PDF, 426 KB)

<http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/14.pdf>

Flyer Solarenergie (PDF, 587 KB)

<http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/13.pdf>

Flyer Wasserkraft (PDF, 496 KB)

<http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wasserkraft.pdf>

Flyer Windkraft (PDF, 489 KB)

<http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/16.pdf>

Die neue Faltblattserie soll Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort leisten und dabei auch die Teile der Bevölkerung einbeziehen, die sich bisher nur gering mit dem Thema Energie auseinandergesetzt haben. Die Faltblätter geben einen kleinen, aber sehr präzisen und aktuellen Überblick, wie vielseitig die Erneuerbaren Energien sind, was sie leisten können und wo möglicherweise Konflikte bestehen.



Von Hohenlohe durch die Rheinebene in den Schwarzwald. Ein Reisebegleiter für die längste Stadtbahnstrecke der Welt

Broschiert, 168 Seiten, Verlag Regionalkultur (Oktober 2006), ISBN-10: 389735425X, ISBN-13: 978-3897354258, 9,90 €

Die herrliche Hohenloher Landschaft fliegt am Fenster vorbei, die idyllischen Dörfer und Städte des Murgtals laden zum Aussteigen und Verweilen ein - oder soll die Fahrt in die regionalen Metropolen, von Rastatt über Baden-Baden, Bühl, bis nach Achern gehen? Egal wohin es ihn zieht, dieser Reisebegleiter ist für jeden Fahrgast der Stadtbahnlinien S 4, 41, 31 und 32 ein ganz besonderes Schatzkästchen an landes-, kultur- und bahngeschichtlich Wissenswertem und Interessantem. Der Autor lädt dazu ein, neben der Natur auch Kirchen, Burgen und Schlösser der Region neu zu entdecken. Der grafisch aufwändig gestaltete, durchgehend farbige und reich bebilderte Band wird durch weiterführende Informationen und Links ergänzt und abgerundet.



Die Ameisen Mittel- und Nordeuropas

Autor: Bernhard Seifert 368 Seiten, ISBN 978-3-9364412-03-1, Preis: 39,-€

Bezug: Iutra Verlags- und Vertriebsgesellschaft

<http://www.lutra-lausitz.de/verlag/produkte/ameisenbuch.htm>

In dieser Neubearbeitung des 1996 erschienenen Buches "Ameisen - beobachten und bestimmen" wurden umfangreichere Ergänzungen insbesondere im speziellen Teil vorgenommen, der Bestimmungsschlüssel unter Einbeziehung weiterer Arten und geographischer Regionen vollständig überarbeitet und aktualisiert. Dabei versuchte der Autor erfolgreich, kompliziertes Spezialwissen und aufwändige Determinationssysteme so darzustellen, dass sie auch durch Nichtspezialisten nutzbar werden. Das Buch enthält neben einer Einführung in die Morphologie, Biologie und Ökologie Angaben zu Gefährdungsgraden und Vorkommensgebieten sowie eine Übersicht wichtiger ökologischer Kennwerte, ferner einen systematischen Teil mit ausführlichem, reich illustrierten Bestimmungsschlüssel.



Karte der Waldjugendzeltplätze

erhältlich beim MLR, Kernerplatz 10, 70182 Stuttgart

Forstverwaltung und MLR haben eine nützliche und informative Karte der Waldjugendzeltplätze herausgegeben. Neben einer kurzen Beschreibung der 33 Standorte mit Kontaktadressen enthält die Karte auch Wissenswertes zum Thema Wald und eine Checkliste zur Reiseplanung.

Leitfaden zur Planung eines Geotages

erhältlich bei : Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 5, 78315 Radolfzell T 07732.99 95-90, F 07732.99 95-77, www.duh.de

Jedes Jahr ruft das Magazin GEO am zweiten Juni-Wochenende zur Beteiligung am GEO-Tag der Artenvielfalt auf. Einige unserer Untergliederungen praktizieren diese Veranstaltung mit großem Erfolg – Anlass genug, im nächsten Jahr auf diesen fruchtbringenden Zug aufzuspringen! Bei der Planung dazu muss man keinesfalls von vorne anfangen – die DUH hat einen hervorragenden Planungs-Leitfaden herausgegeben, der das Vorgehen sehr erleichtert.

